

Bezugspreis: Für den Monat August 9.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 12.- M. für das übrige Ausland 17.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Sonnabend, den 26. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilspalte kostet 25.- M. Reklamspalte 125.- M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 7.- M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 6.- M. Stellenangebote und Schließstellenanzeigen das erste Wort 4.- M., jedes weitere Wort 3.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 10.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

## Der deutsche Lösungsvorschlag.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Entente-Regierungen wirklich gehofft haben, die bloße Entsendung zweier hervorogender Vertreter der Reparationskommission nach Berlin würde genügen, um einen Ausweg aus der Sackgasse im Handumdrehen entdecken zu lassen, in die sie selbst infolge des Scheiterns der Londoner Konferenz geraten sind. Mag auch die französische Presse sich noch so sehr bemühen, die Dinge so einfach hinzustellen, als hätte die deutsche Regierung nur etwas guten Willen aufzubringen, um eine rasche und für beide Teile annehmbare Lösung der Reparations- und Moratoriumsfrage zu ermöglichen. Daß die Dinge aber keineswegs so liegen, geht am besten aus der bloßen Tatsache hervor, daß die verantwortlichen Staatsmänner der Entente-mächte selbst unter sich über die Bedingungen nicht einig werden konnten, die Deutschland für die Gewährung des Zahlungsaufschubs zu stellen wären. Wahrscheinlich hoffen im stillen die meisten Entente-Diplomaten, einschließlich derjenigen Franzosen, die eine Verständigung aufrecht streben, daß Deutschland weitgehende Konzessionen an die Poincaréschen Forderungen oder gleichwertige Gegen-vorschläge machen würde. Die Aussichten, daß dies geschehen würde, waren von vornherein sehr schwach und sie wurden noch durch die neue Rede von Bar-le-Duc verringert, in der die Londoner Forderungen Poincarés nach „produktiven Pfändern“ mit hartnäckiger Brutalität wiederholt wurden. Indessen gehört Poincaré offenbar nicht zu den Franzosen, die eine Verständigung wünschen, vielmehr weiß heute der größte Teil der Welt, daß er entweder die Treibkraft oder zumindest das Werkzeug derer ist, die nur auf die kontinentalpolitische Hegemonie Frankreichs hinarbeiten und in der Reparationsfrage lediglich einen Vorwand erblicken, langgehegte imperialistische Pläne am Rhein und an der Ruhr zu verwirklichen.

Wenn nun trotzdem die Verhandlungen schließlich nicht ganz negativ ausgegangen sind, wenn nach Tagen der tiefsten Hoffnungslosigkeit und Verwirrung, die sich die Spekulanten Deutschlands und der ganzen Welt auf Kosten der zusammenbrechenden Wirtschaftskraft unseres Volkes zuziehen machten, ein Hoffnungsschimmer auf Verständigung graut, so ist das nicht etwa allein für das deutsche Volk, sondern für alle beteiligten Länder zu begrüßen. Denn, abgesehen von den französischen Napoleontiden im Gehrock und in Generalsuniform sowie auch der internationalen Hyänen des wirtschaftlich-finanziellen Schlachtfeldes, hat heute kein Mensch ein Interesse daran, daß die Verständigungsmöglichkeiten veranlaßt werden, und daß die Welt auf den Stand des Sowjet-Rubels sinkt.

Freilich ist heute, nach der Abreise der zwei Abgesandten der Reparationskommission aus Berlin, die Lage keineswegs rosig. Aber sie wird dadurch gekennzeichnet, daß neue Verhandlungsmöglichkeiten in letzter Stunde geschaffen wurden durch einen deutschen Gegen-vorschlag über dessen Einzelheiten wir an anderer Stelle berichten und über dessen Annehmbarkeit die Herren Bradbury und Mauclaire sich ein Urteil unmöglich an Ort und Stelle bilden konnten, da er sich im Vergleich zu den bisherigen Forderungen und Gegenangeboten in ganz neuem Rahmen bewegt. Sie müssen über diesen Vorschlag in Paris mit ihren Kollegen von der Gesamtkommission Rücksprache halten und wahrscheinlich werden sich eingehende, vielleicht sogar ausgedehnte Erörterungen zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und ihren jeweiligen Regierungen daran knüpfen. Da der deutsche Vorschlag angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Zeit bisher nur in seinen Grundrissen in der Form einer vorläufigen Anregung übergeben wurde und sofort ausgearbeitet werden wird, sind Rückfragen auch bei der Reichsregierung zu erwarten, ehe drüben die endgültige Entscheidung fällt.

Der deutsche Vorschlag knüpft sowohl an das Poincarésche Verlangen nach „produktiven Pfändern“ wie auch an seine Anklagen über angeblich absichtliche Verfehlungen Deutschlands in den Kohlenlieferungen an. Poincaré verlangte den Ertrag der staatlichen Forsten links des Rheins und der fiskalischen Gruben sowohl im besetzten, wie auch im Ruhrgebiet als Pfand für die Gewährung des Moratoriums. Deutschland hat dies von vornherein abgelehnt und lehnt es heute noch ab. Es bietet aber etwas anderes an, das im gewissen Sinne sogar eine größere Garantie darstellt: nämlich unmittelbare privatrechtliche Lieferungsverträge in Kohle und Holz, die gegenüber den bisherigen Lieferungen für die Entente den Vorteil hätten, daß sie auch privatrechtlich klagbare Forderungen wären. Damit hätten sich die interessierten Kreise der deutschen Wirtschaft selbst als Pfand zur Verfügung gestellt.

Wir nehmen an, daß, ehe die Reichsregierung diesen Vorschlag unterbreitete, sie von den maßgebenden Faktoren der deutschen Industrie bindende Zusicherungen sich verschafft hat. Die mit der sagenhaften Kreditaktion der Industrie in diesem Frühjahr gemachten Erfahrungen ermahnen sie und uns zur Vorsicht. Für die Industrie erwächst natürlich damit eine ungeheure Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volk. Es ist allerdings auch an der Zeit, daß sie an der Reparationspolitik des Reiches ein Interesse befunde, das sich nicht allein, wie allzulehr bisher, in unfruchtbarer Kritik und abfälligen Ausdrücken kundgibt, und es im übrigen der Arbeiterschaft überläßt, den größten Teil der materiellen und moralischen Last der Wiedergutmachungen zu tragen.

Der Anteil an Last und Verantwortung, den die Arbeiterschaft ihrerseits übernimmt, ist übrigens nach wie vor groß genug und erhellt am deutlichsten im Lichte der Tatsache, daß die Reichsregierung ihren neuen Vorschlag nur deshalb wagen konnte, weil es gerade in diesen Tagen gelungen war, die seit langem angestrebten Ueberschichten im Ruhrbergbau wieder einzuführen. Es ist also ein doppeltes Opfer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch das die Regierung in den Stand gesetzt wurde, einen mehr als vollwertigen Ersatz für die Poincaréschen Pfänderforderungen anzubieten.

Ueber die Aussichten dieses Vorschlages heute schon irgendwelche Mutmaßungen zu äußern, hat wenig Zweck. Indessen darf wohl eins hervorgehoben werden: Wenn das Ziel der Franzosen wirklich die Verständigung auf einer Grundlage, in der sie sich gegenüber etwaigen Enttäuschungen der Zukunft gesichert fühlen, wenn die Forderung nach „produktiven Pfändern“ wirklich nur der Sorge entspringt, während und nach der Zeit des Moratoriums leer auszugehen, dann müßte Frankreich eigentlich als erstes Land den deutschen Gegen-vorschlag begrüßen, der im Grunde genommen ihm mehr Garantien bietet, als die von Poincaré selbst ausgearbeiteten Forderungen. Wenn aber in den nächsten Tagen das Konzert der Presse des nationalen Blocks als Präludium zu der offiziellen Antwort der französischen Regierung einsetzt

und mit wüstem Lärm alle Argumente der Vernunft und der Verständigung erstickt, dann wird der Welt der endgültige Beweis geliefert sein, daß Frankreich weder die Reparationen, noch den Wiederaufbau wünscht, sondern lediglich seine militärische, politische, industrielle und wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa durch den widerrechtlichen Besitz des Ruhrgebiets besiegeln will. Vor diesem offenen Eingeständnis ist es bisher immer zurückgeschreckt.

Die Vertreter der Reparationskommission sind gestern wieder nach Paris abgereist. Ihr Berliner Aufenthalt verfolgte den Zweck, die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über das Moratoriums-gesetz zu prüfen. Daneben wurden Verhandlungen gepflogen darüber, welche Garantien Deutschland für ein Moratorium geben kann. Im Verlaufe der Beratungen machte die deutsche Regierung eine Reihe von Anregungen, die aber von den Franzosen abgelehnt wurden, weil sie an die Forderung Poincarés nach produktiven Pfändern gebunden waren und dementsprechend auf Kontrollrechte über die staatlichen Bergwerke und Forsten des linken Rheinufers bestanden. Der deutschen Regierung aber ist eine erneute Preisgabe von deutschem Eigentum unter den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen unannehmbar. Sie machte u. a. den Gegen-vorschlag einer Sicherstellung von Devisen, der bekanntlich abgelehnt worden ist.

Erst in letzter Stunde, als bereits ein ergebnisloser Abbruch der Verhandlungen mit allen seinen unabsehbaren Folgen zu befürchten war, gelang es, eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Nachdem die Bergarbeiter sich zur Leistung von Ueberschicht im Ruhrbergbau bereit gefunden haben, konnte in Erwägung gezogen werden, durch feste Vertragsab-schlüsse unter Auferlegung von Vertragsstrafen die von Frankreich geforderten Kohlenmengen für die Dauer des Moratoriums besser zu gewährleisten, als es die Beschlagnahme irgendwelcher Gruben vermöchte. Diese Anregung wurde der Reparationskommission mitgeteilt, ohne daß man noch Zeit hatte, den Vorschlag in allen Einzelheiten auszuarbeiten. Die Reparationskommission ihrerseits erklärte sich bereit, die Anregung in Paris zu beraten. Der ausgearbeitete Vorschlag dürfte ihr

## Arbeiter, Parteigenossen, Republikaner!

Mitten in einer Zeit schwerster innenpolitischer Kämpfe um den Bestand der politischen Einheit des Reiches, dem Ansturm aller reaktionären Kräfte gegen die Republik und der bisher in Deutschlands Geschichte unerhörten pogromistischen deutschvölkischen Hetze erleben wir die denkbar härteste außenpolitische Bedrohung und dadurch den offensibaren Zusammenbruch der deutschen Währung. Das katastrophale Sinken des Markkurses bringt die deutsche Wirtschaft in die denkbar schwerste Gefahr und treibt durch die wahn-sinnige Steigerung der Lebensmittelpreise die Massen der arbeitenden Bevölkerung zur Verzweiflung. Es scheint kein Zweifel mehr, nur durch außerordentliche Mittel, über die es selbst nicht verfügt, kann Deutschland vor dem Untergange bewahrt werden.

Jetzt heißt es vor allem den Kopf oben behalten. Deshalb richten wir an alle unsere Freunde die dringende Mahnung:

### Wehret jeder Panikstimmung!

Seid auf der Hut auch vor allen, die in Verblendung und Gewissenlosigkeit gegen auswärtige Bedrückung oder innere Not zur Selbsthilfe und Aktionen aufrufen, die in sich zusammenbrechen müssen und das Elend nur vergrößern können.

Die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei sind im Interesse der Arbeiterschaft in erster Linie berufen, der Erhaltung und dem Ausbau der Republik und ihrer Wirtschaft zu dienen. Sie sind jetzt vor Aufgaben gestellt, wie sie sie gleich groß wohl kaum jemals zu erfüllen hatten.

Das Unglück, das über Deutschland mit elementarem Wucht hereinbricht, darf es nicht in den Zustand des Bürgerkrieges und der Massenbekämpfung hinabstürzen, soll nicht alles verloren gehen.

Deshalb gilt es jetzt alle Kräfte anzuspannen. Jeder ist nach seinem Teil und nach seinem Können verpflichtet, dem Verderben zu steuern.

Die Aufgabe legt der Partei ungeheure finanzielle Verpflichtungen auf, die sie bei der jetzigen Geldentwertung auch aus den sofort zu erhöhenden Einzahlungen nicht zu leisten imstande ist. Deshalb richtet der Parteivorstand hiermit zum ersten Male die dringende Aufforderung an alle, deren Vermögenslage es gestattet, der Partei durch die umgehende Zuwendung besonderer Geldmittel die Erfüllung ihrer im Interesse des Volksganzen liegenden Aufgaben zu ermöglichen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Selbstwendungen sind zu richten an den Kassierer der Sozialdemokratischen Partei: Landtagsabgeordneter Fr. Bartels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, oder an das Bankkonto des Parteivorstandes: Fr. Bartels, D. Heinrich, W. Pionatuch, D. Weis, Berlin, Lindenstr. 3, bei der Diskontogesellschaft Berlin, Depositenkasse, Lindenstr. 3, bhm. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 7918, Fr. Bartels, F. Ebert, D. Braun, Berlin SW 68.

### Arbeiterklasse und Preistaumel.

Am Freitag nachmittags fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine Besprechung der Vorstände des ADGB, der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratischen Partei statt. An den Besprechungen, die sich mit der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage beschäftigten, nahmen auch die Genossen Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam und Tom Shaw von der 2. Internationalen teil. Die Gewerkschaften haben nicht Forderungen im Sinne eines Programms aufgestellt, sondern die aufgestellten Richtlinien sollen eine Anweisung für die weitere Behandlung der dringlichsten Fragen geben.

Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Teuerung werden heute, Sonnabend, das Reichskabinett beschäftigen. Am Freitag abend trafen die beteiligten Ressortminister zu einer vorbereitenden Besprechung zusammen.

Amlich meldet WTB.: Die steigende wirtschaftliche Not, die sich weitester Bevölkerungsschichten bemächtigt hat und sich in den letzten Tagen durch die ungeheure Entwertung der Mark noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ernstester Sorge der Reichsregierung. In einer Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichs und Preußens, die Freitag nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Linderung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt und die zuständigen Ressorts beauftragt, ihre Vorschläge hierzu einem Ministerrat vorzulegen, der heute vormittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammenzutreten wird. Für Montag werden die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten werden.

In den nächsten Tagen zugehen. Dadurch, daß Arbeiter, Arbeitgeber und Regierung sich zu einer Art gemeinsamer Haftung für die Sachlieferung zusammenschließen, konnte also der Abbruch der Verhandlungen verhindert und eine Fortsetzung der Beratungen ermöglicht werden. Von dem weiteren Verlauf der Pariser Besprechungen und von dem Entscheid der Reparationskommission wird es nun abhängen, ob die erhoffte Verständigung über ein Moratorium erfolgt.

WTB. meldet: Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Cradbury und Herrn Raucière einerseits, dem Reichskanzler und dem Reichsminister der Finanzen andererseits, die am letzten Montag begonnen hatten, wurden zu Ende geführt, und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris abgereist.

Obwohl man nicht sagen kann, daß diese Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind doch verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden; die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der hauptsächlichste Zweck ihrer Reise nach Berlin war, sowie die Reparationskommission über die oben erwähnten Anregungen zu unterrichten.

### Reparationsfolgen.

Brüssel, 25. August. (WTB.) „Peuple“ beschäftigt sich mit den als Reparation gelieferten deutschen Kohlen und meint, derartige Reparationen in Natur müßten sich nach den Bedürfnissen des Landes, das sie erhält, richten. Es sei etwas Unnatürliches, von einem Land die Lieferung eines Erzeugnisses zu verlangen, wenn man es selbst im Ueberfluß besitze. Seit 18 Monaten würde in den belgischen Kohlengruben gefeuert. Verschiedene Bergwerke hätten schließen müssen, während sie ihre Arbeiten hätten fortsetzen können, wenn man ihnen einen Teil der von den Deutschen gelieferten Kohlenlieferungen übertragen hätte. Das Blatt berechnet, daß belgische Bergleute infolge der durch die deutschen Kohlenlieferungen angehäuft Vorräte in den letzten 18 Monaten mindestens 1,6 Millionen Arbeitstage verloren hätten, was die Summe von 38 Millionen Franken an Lohnausfall ergebe. Nach Ansicht des Blattes müßte man die Frage von dem Gesichtspunkt aus erwägen: Hat Belgien wirklich Vorteil davon, das gegenwärtige System andauern zu lassen? Wäre es nicht besser, die Lieferungen nach den Bedürfnissen zu regeln, damit sie nicht Anhäufungen und Feierschichten im Gefolge haben? In Deutschland sei es in dieser Zeit an Kohlen. Die Industrie leide darunter und Deutschland habe infolgedessen nicht seine volle Reparationsfähigkeit. Außerdem wolle man jetzt die Grubenarbeiter im Ruhrgebiet, die schon jetzt unglückliche Ausgebühten sind und deren Ernährung eine Bedrohung der ganzen Masse darstellt, zwingen, Ueberstunden zu machen, damit die für die Reparation notwendige Kohle gefördert werde. Könne man das dulden? Werden die Regierungen nicht begreifen, daß es verabscheuenswürdig wäre, die deutschen Grubenarbeiter mehr als einen Normaltag arbeiten zu lassen, während das Ergebnis dieser Ueberstunden in Belgien Feierschichten hervorruft? Das Blatt erinnert an den in Frankfurt vom internationalen Kongreß gefaßten Beschluß in dieser Hinsicht und meint, die Reparationskommission werde sich der von dem Kongreß gewünschten Zusammenkunft nicht widerlegen können, sie werde es nicht ablehnen können, die Stimme derer zu hören, deren Leben und Interesse bedroht sind durch ein schlecht begriffenes und schlecht durchgeführtes Reparationsystem.

### Befürchtungen in Ungarn.

Budapest, 25. August. (CP.) Die durch den katastrophalen Sturz der Mark geschaffene wirtschaftliche Lage wird in Budapest wirtschaftlichen und politischen Kreisen mit ernster Besorgnis betrachtet. Die Blätter weisen zwar mit einiger Genugtuung auf den Umstand hin, daß sich die ungarische Wälfurta bereits über die deutsche gehoben habe, im allgemeinen wird jedoch die Befürchtung ausgesprochen, daß ganz Mitteleuropa den Folgen des deutschen Zusammenbruchs nicht werde entrinnen können. Kaufleute belagern sich darüber, daß die deutschen Einfuhrartikel

nach teurer geworden sind. Die Industrie befürchtet den Verlust des deutschen Absatzgebietes. Die Textilindustrie kann ihren bisherigen Verpflichtungen kaum nachkommen, so daß eine schnelle Angleichung des ungarischen Textilmarktes an den deutschen unbedingt geboten erscheint.

### Die Presse zu den Gewerkschaftsforderungen.

Die Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung, die bekanntlich nicht als ein starres Programm anzusehen sind, sondern als eine Gesamtheit von Vorschlägen zur Abwendung und Milderung der drohenden Wirtschaftskatastrophe, erfahren natürlich bei denjenigen Kritikern der Rechtsparteien, die nur das rote Tuch der Zwangswirtschaft sehen, scharfe Ablehnung. Um so erfreulicher ist es, daß selbst ein Blatt wie der deutschnationalistische „Tag“ die Wünsche der Gewerkschaften folgendermaßen würdigt:

„In diesen Forderungen der Gewerkschaften ist ohne Zweifel sehr viel enthalten, dessen Durchführung unserer Wirtschaftslage zum Segen gereichen würde, insbesondere wird sich jeder Vernünftige ohne weiteres damit einverstanden erklären, daß die Einfuhr von Luxusartikeln verboten wird und daß der unmäßige Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere in den Schlemmerlokalen, verhindert wird. Es ist schon lange allen ehrlich Arbeitenden ein Dorn im Auge, daß eine kleine Oberschicht von Schiebern und Ausländern sich jeden Luxus gestatten kann, während die große Masse des werktätigen Volkes immer weiter verelendet und nicht weiß, wovon sie den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten soll. Andere Forderungen wirtschaftspolitischer Natur, die auf eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft hinauslaufen, verfolgen sicher sehr gute Zwecke. Es ist nur in jedem einzelnen Falle sorgsam zu prüfen, ob sie die geeigneten Mittel vorschlagen.“

Die „Germania“ sieht in der Besserung der Wälfurta die hauptsächlich von außen her erfolgen kann, das einzige Heilmittel und rät von einer überstürzten Einführung zwangswirtschaftlicher Maßnahmen ab.

Der „Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, beschäftigt sich in ausführlichen Artikeln mit der Wirtschaftslage und verlangt u. a. zur Bekämpfung des Luxusverbrauchs eine diktatorische Zoll- und Steuerpolitik:

„Solche Maßnahmen finden, wenn sie in ihrer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit nur volkswirtschaftlich und richtig begründet werden, unter allen Umständen die nötige Unterstützung. Nichts ist verbitternder und sozial verfehlender als der prunkende Luxus einer winzig kleinen Schicht gegenüber der furchtbaren Not der Gesamtheit.“

Wenn sich sämtliche bürgerlichen Parteien in dieser sachlichen Weise mit den das ganze Volk angehenden Wünschen der Gewerkschaften befassen würden und nicht nach Vorwänden suchen, um dem lieben Nächsten die Schuld an der allgemeinen Verelendung in die Schuhe schieben zu können, wird der energische Schritt der Gewerkschaften in der Tat bald zu Maßnahmen führen müssen, die die unabwendbare Not wenigstens mildern können, wenn auch ihre Beseitigung ohne Ententehilfe kaum mehr denkbar ist.

### Landarbeiterstreiks und Nothilfe.

Deutschland geht kritischen Tagen entgegen. Die Bitterkeit der Gemüter wächst von Stunde zu Stunde, und es ist ein Zeichen der Geduld und Reife des Volkes, daß Explosionen noch nicht zu verzeichnen sind. Wir verließen die Mahnung, die der Reichskanzler an die Gewerkschaftsführer richtete, doch alles zu tun, um wahnwitzige und sinnlose Streiks, die die Ernährung der Bevölkerung gefährdeten, zu verhindern; die verschiedenen Landarbeiterstreiks hätten bereits großen Schaden angerichtet. Jedes verlorene Getreidekorn müßte im Ausland teuer gekauft werden und das verschlechterte nur die Wälfurta und die Lebenshaltung des Volkes.

Kein Zweifel: Jeder Streikbeschluss bedeutet heute hundertmal mehr als früher, fordert hundertmal mehr Verantwortung. Jeder wirtschaftliche Einzelkampf muß heute im Rahmen der Gesamtsituation betrachtet werden. Wie im Weltkrieg, so kommt es auch in dem großen Weltkampf zwischen Kapital und Arbeit, und besonders in Deutschland, mehr auf die Gesamtstrategie und weniger auf den lokalen einzelnen Erfolg an. Auch die Arbeiter können sich in ihrem Kampf leicht mit Einzelerfolgen langsam zu Tode siegen, wenn sie sich von den Militaristen des sozialen Kampfes, den Kommunisten, führen lassen, statt von ihren erprobten Gewerkschaften. Die größere Verantwortung der Arbeiterklasse und die manchem Arbeiter oft nicht bewußten Fernwirkungen jedes einzelnen Kampfes sind es, die den Genossen Schippel den Vorschlag machen lassen, die letzten Entscheidungen über Streiks einer zentraleren Gewerkschaftsstelle zu übertragen. Weniger einzelberufliche und weniger örtliche Entscheidungen! Das gilt besonders für Streiks, die lebensnotwendige Betriebe in Mitleidenschaft ziehen. Kein Zweifel, daß es heute in Deutschland immer eine kritische Sache ist, einen Landarbeiterstreik zu riskieren. Vor allem auch deshalb, weil noch immer nicht die Frage der Technischen Nothilfe geklärt ist. Wo beginnt die Bedrohung des Lebens, wo sind die Grenzen des Begriffs „lebensnotwendig“? Gewarnt durch die jüngsten Erfahrungen werden sich deshalb die freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisationen an den ADGB. wenden mit dem Ersuchen, so rasch wie möglich die Frage der Technischen Nothilfe zu klären.

### Seipel in Verona.

Außenminister Schanzer ist den beiden deutschösterreichischen Ministern nach Bozen entgegengefahren; die Besprechungen werden in Verona fortgesetzt. Bei aller Betonung des italienischen Standpunktes, daß die kleine und bettelarme deutsche Donauraubpublik „unabhängig“ bleiben müsse — ihr Leben hängt mehr denn je von der Entente ab! — scheint sich doch eine Art italienisches Protektorat vorzubereiten. Man spricht von einem Zollbündnis, das Deutschösterreich allerdings wirtschaftlich ans Meer anschließen würde. Für Italien bräute eine engere Verbindung mit Deutschösterreich einmal die Beschwichtigung der kriegsmüden Kreise um das einverleibte Deutsch-Südtirol und dann die Wirtschaftsgrenze mit Deutschland. Daran hat Italien ein lebhaftes Interesse, wenn auch bei dem jetzigen Wälfurta-stand Deutschland als Käufer italienischer Produkte natürlich nicht in Betracht kommt.

Rom, 25. August. (CP.) Wie eine halbamtliche Mitteilung besagt, wird die Unterredung in Verona nur einen orientierenden Charakter haben, da der Außenminister keinerlei Verpflichtungen eingehen könne, was nur dem Kabinett zustehe. Schanzer besitze jedoch die für die Beschlüsse des Ministerrates nötigen Unterlagen. Er habe Pressevertretern gegenüber in Abrede gestellt, daß es sich um einen Zusammenschluß durch eine Zollunion handele. Die Tragweite der Reise Dr. Seipels nach Italien sei von einem Teil der Presse stark übertrieben worden. Der Erweiterung des Hafens von Triest durch die Entwicklung des Verkehrs mit dem Hinterlande schenke die Regierung ihr besonderes Augenmerk. Die Zusammenkunft werde keinen entscheidenden Charakter haben. Der Bestand eines unabhängigen Oesterreichs liege im Interesse Italiens, das dessen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht wünschen könne.

Mailand, 25. August. (CP.) Dem Berliner Korrespondenten der „Stampa“ gegenüber hat der österreichische Bundeskanzler durchblicken lassen, daß er nicht an die Möglichkeit einer Zollunion zwischen Oesterreich und Italien glaube, weil die Finanzverhältnisse Italiens es nicht gestatten, die österreichischen Schulden zu übernehmen, obwohl sie in ausländischer Wälfurta ziemlich klein sind. Dr. Seipel hoffe von Schanzer in Verona die bestmögliche Auszahlung des Kredites von 70 Millionen Lire zu erlangen, den Italien Oesterreich bewilligt habe. Ebenso hoffe er, daß Frankreich Oesterreich ein Darlehen geben wird.

### Der schwarzweißrote Dichter.

Von Bruno Manuel.

Leibhaftige und sogenannte Dichter, die grundfänglich keine Romane ohne schnödelige Leutnants und affige Feudalgrafen schreiben, sind arg aufgeschmissen, seit der Bedarf an diesen Helden gedeckt ist. Zu den festgestellten Fobriknoten solcher Dudenware gehört unser ein in fruchtbarster Romantik und Romangroßart: Fedor u. Jobeltig. Wo er die Fersen wegschleift, bleibt höchstens Flachspur. Unsere Literaturhistoriker wußten, weshalb sie in sämtlichen Literaturgeschichten einfach über diese Hürde auf der deutschen Dichterrennbahn weggingen wie nichts. Die Jobeltigens (Hans und Fedor) waren ihnen Luft.

Wie sich das gehört, schreibt dieser Fedor u. Jobeltig Tagebücher. Sie sind gleichsam Denktettel für den pp. Hausgebrauch, Diarien; also ins Unreine Geschriebenes. Sie sagen infolge ihrer Ungehemmt- und Ungefeiltheit mehr über das Ich aus als hundert gedruckte Romane. Tagebücher sind deshalb auch nicht ohne weiteres für die Öffentlichkeit bestimmt. Erst die tantumwütende Nachkommenschaft kramt darin rum und zerrt sie vor das Forum.

Es ist jetzt modern, Tagebuchblätter sogar schon bei Verbeten unter die Leute zu bringen. Herrmann Bahr beispielsweise macht das wöchentlich in einer Wiener Zeitung. Das mag allenfalls gelten. Schließlich ist Herrmann Bahr wer. Zweitens hat er uns was zu sagen. Unser Alphabet hat aber fünfundschwanzig Buchstaben. Zwischen Bahr und Jobeltig liegen zwanzig Buchstaben, der an der Gartenlaube stehen blieb, macht einen kühnen Satz über Buchstaben und Bedenken und schickt sein Tagebuch regelmäßig einem Hamburger Blatt. Es wird da zum gefundenen Fressen des bedeutungstrigen Feuilletonredakteurs, der seine werten Leser mit dem herkömmlichen Romangefühl längst schwach gemacht hat.

Jobeltig (der Apfel fällt nicht weit vom Stamm) blüht sich nach Dingen, die er lieber liegen lassen sollte. Zum Beispiel die Flaggfrage. Er schreibt sich in seiner Art die Seele frei und meint dann: „In rein ästhetischem Sinne, das habe ich neulich wieder empfunden, ist mir die alte Reichsfahne entschieden lieber. Die Goldfarbe auf der neuen ist immer nur ein leicht schmutziges Gelb, das im Regen verwaschen wird und in der Sonne ausbleicht.“ Das ist ungefähr der dümmste von den vielen Standpunkten zur Flaggfrage. Das mit dem Verwaschenaussehen der Goldfarbe hat aber tiefere Bedeutung. Jobeltig ist gar nicht so harmlos naiv. Er braucht die Verwaschenheit zu folgender Pointe: „Freilich ist auch der deutsche Gedanke verwaschen geworden (siehe!) und das nationale Empfinden wurde blaß wie das Gelb auf der Fahne.“ Wen Gott zum Dichter macht, der ist verdammt, allegorisch zu reden. Jobeltigens nationales Empfinden leidet auch an der Dissonanz des Deutschen und Liebes. Weil dazwischen alle nasefangende verfluchte Marktefälle gefangen werden darf. Jobeltig schließt zum Protest eine Lage abgedrohter Truchworte ab. Immerhin hat es ihm doch

imponiert, daß es in der leider Gottes Republik auch unter der frisch-fröhlichen Parole geht: Von der Maas bis an die Remel usw. Deshalb kann er sich das ehrliche Kompliment nicht verkneifen: „das (zurückeroberete Fälfersleben) sei der Republik auch aus monarchistischem Herzen gedankt!“ Man hört ihn ordentlich die Hoden zusammenschlagen.

Jobeltig, einmal im Zuge, legt in seinem Tagebuch gleich eine neue Walze auf. Ueberschrift: Die Kriegsbegeisterung. Er weint in dieser Tonart los: „Heute ist an die Stelle der Begeisterung bitterer Hoßn getreten. Heute gröhlen die Massen „Wie wieder Krieg!“, und Herr Ignaz Brobel singt Schimpfslieder auf die Offiziere.“ Ach jottedoch!

Schade, daß Herr u. Jobeltig seine Tagebuchblätter nach Hamburg verhöfert. Man kriegt so selten was davon zu sehen.

### Die Bedeutung des Segelflug-Rekordes in der Rhön.

Aus Fachtreisen wird geschrieben: Die großartigen Leistungen, die von deutschen Fliegern im Segelflugen in der Rhön erzielt worden sind, müssen die allergrößte Aufmerksamkeit aller Fachkreise auf sich lenken. Was man noch bis vor kurzem für pantastisch gehalten hatte, daß nämlich ein stundenlanges Flug im Segelflugzeug und die Rückkehr zur Abhebestelle möglich sei, steht jetzt als Tatsache vor uns. Fabeln im Segelflug von mehr als zwei Stunden, wie sie der Rhön-Segelflugwettbewerb aufzuweisen hat, sind bisher in keinem anderen Lande erzielt worden und stellen einen Rekord dar, der auf diesem Gebiete Deutschland wieder an der Spitze der Nationen marschieren läßt. Das ist ja eben die Zuversicht, die uns trotz allen wirtschaftlichen und politischen Elends immer noch aufrechterhalten kann, daß wir Deutschen über ein so beträchtliches Maß von Energie und Ausdauer verfügen, daß wir an der Hoffnung, uns eines Tages zu neuer Blüte erheben zu können, nicht zu verzweifeln brauchen.

Was die praktische Bedeutung des Segelfluges betrifft, so läßt sich diese im augenblicklichen Entwicklungsstadium kaum ganz übersehen. Immerhin genügt die Tatsache, daß es möglich ist, unter gewissen Umständen viele Kilometer weit zu fliegen, ohne einen Motor als Antriebsmittel verwenden zu müssen, um die großen nächsten Ausschichten für die Zukunft zu eröffnen. Gerade der Motor ist für das Flugwesen ein in dieser Beziehung demmendes Moment. Nicht nur, daß die Anschaffungskosten für einen leistungsfähigen Motor nahezu unerschwinglich sind, so wird der Betrieb auch durch die beständige Steigerung des Brennstoffs beständig verteuert. Fällt der Motor fort und mit ihm auch der Ballast des Betriebsstoffes, dann können die Flugzeuge außerdem erheblich leichter gebaut werden, wodurch nicht nur eine beträchtliche Verbilligung, sondern auch größere Ausnutzungsmöglichkeit geboten wird. Soll das Flugzeug überhaupt ein populäres Fahrzeug werden, dann ist dies nur auf diesem Wege möglich.

Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, daß das Segelflugzeug das Motorflugzeug eines Tages völlig ersetzen werde. Beide Landstrecken werden sich selbst unter günstigsten Wind- und Wetterverhältnissen niemals ohne Motor bewältigen lassen. Ein regel-

mäßiger, pünktlicher Betrieb wird auch in der Zukunft nur mit dem Apparat des bisherigen Typs möglich sein. Aber als Sportapparat wird das Segelflugzeug sich bald allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Wenn auch die persönliche Befähigung des Flugzeugfahrers beim Motorflugzeug nicht unterschätzt werden darf, so liegt es doch auf der Hand, daß bei einem Apparat, der ganz auf den Willen und die Eignung des Führers eingestellt ist wie das Segelflugzeug, an das sportliche Können des Führers noch ganz andere Forderungen gestellt werden müssen. In dieser Beziehung ist nur ein Vergleich mit dem Segelsport gestattet, obgleich dieser bei weitem nicht soviel Schwierigkeiten zu überwinden hat wie das motorlose Fliegen im Luftmeer.

Im Zustand wird man die allergrößten Anstrengungen machen, um hinter den Ergebnissen des Rhön-Wettbewerbes nicht zurückzulassen. Wie man sich erinnern wird, spielt die Größe und Stärke der Motoren der Flugzeuge bei den uns durch die Entente auferlegten Bedingungen eine nicht unerhebliche Rolle. Es sind uns in dieser Beziehung ganz bestimmte Höchstmaße auferlegt, die wir nicht überschreiten dürfen. Selbstverständlich ist einzuweisen an einen Ersatz des Motorflugzeuges durch das Segelflugzeug nicht zu denken. Aber auch hier zeigt sich immerhin schon, daß die Entwicklung der Technik über die Diktate unserer Feinde einfach hinwegschreiten wird.

Neue Fehlurteile der Filmoberprüfstelle. Die sehr überflüssige und aufreizende Propaganda, die mit der Person Hindenburgs in einem Film von der Stadt Kolberg geschrieben wird, hatte der Filmprüfstelle Berlin Anlaß zu einem Verbot gegeben, weil darin mit Recht eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung erblickt wurde. Die Filmoberprüfstelle hat unter Vorbehalt ihres Reiter's Bulde das Verbot aufgehoben und den Film auch für die Jugendlichen zugelassen. Der Vertreter der Deutschen Lichtbildgesellschaft wandte sich, wie der „Kokal-Anzeiger“ triumphierend bemerkt, scharf dagegen, daß Hindenburg, der stets für die Einigkeit aller Deutschen und für die Einheit des Reiches in öffentlichen Kundgebungen eingetreten ist, hier zum Gegenstand eines Verbotes gemacht werde, bloß weil er im Film erscheine.

Man weiß jetzt hoffentlich im republikanischen Deutschland zur Genüge, wozu Hindenburg mißbraucht wird oder sich mißbrauchen läßt, und wundert sich nur darüber, daß die Filmoberprüfstelle unbeherrschbar weisfremd bleibt und bei ihrer Befehung voraussichtlich bleiben wird.

Von der gleichen Filmoberprüfstelle wurde auch der Antrag der thüringischen Staatsregierung zurückgewiesen, der erneut ein Verbot des zweiten Teiles des Fredericus-Kog-Films verlangte. Die Oberprüfstelle beharrte bei ihrer früheren Ansicht, daß hier eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht zu bezweifeln sei. Sicherlich ist z. B. nicht nachweisbar, daß der Kistenau-Werd unter dem Einfluß dieses Films geschehen ist. Aber daß dieser Film die Monarchisten aufreizt und die Gegenwirkung der Republikaner hervorruft, hat die Erfahrung in Berlin und anderswo gezeigt. Die Regierungen, die wiederholt das Verbot verlangten, dürften sich auf Grund ihrer Beziehungen zu der Arbeiterklasse besser verstehen, was die öffentliche Ordnung bedroht, als diese haarspaltenden Juristen.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich

Berlins Not / Die Lage der städtischen Finanzen.

Die Wirtschaftskatastrophe, die wir in diesen Tagen erleben, wirkt sich fast unmittelbar auf die finanzielle Lage der Stadt Berlin aus.

Agitationsphrasen.

Kein Mensch von einigem Verantwortungsgefühl wird sich auf den Standpunkt stellen wollen, den gestern der Vorsitzende der Wirtschaftspartei im ständigen Haushaltsausschuß vertrat.

Man kann ebenso wenig mit den Vertretern der kommunistischen Partei die erhöhten Ausgaben bewilligen und die erhöhten Einnahmen ablehnen.

Es ist also die Frage, ob die Städte und ob insbesondere Berlin sich in der jetzigen kritischen Situation überhaupt noch selbst zu helfen vermag.

Das Reich und die Gemeinden.

Einmal sollen die Vorstöße, die das Reich bisher schon für die Erhöhung der Personalaufwendungen der Kommunen zahlte, von den Beamten auch auf die Arbeiter in nichtverwendeten Betrieben ausgedehnt werden.

All das sind sicherlich wertvolle Hilfsmittel, die zu einer allmählichen Gesundung der Finanzverhältnisse der Städte beitragen werden, aber sie haben den Nachteil, daß sie in ihrem wesentlichsten Teile der augenblicklichen katastrophalen Lage nicht gerecht werden.

schle, und daß diese Beamten erst jetzt nach der inzwischen eingetretenen Entwertung in den Genuss ihrer damals fälligen Bezüge treten.

Selbsthilfe der Stadt.

Bei dieser ersten Sachlage muß ein Grundsatz unter allen Umständen aufrecht erhalten werden: die Werke und Betriebe der Stadt müssen ihren Bedarf aus sich selbst decken und müssen darüber hinaus den bisherigen prozentualen Anteil an den Kosten der Gesamtverwaltung weiterhin aufbringen.

Die Tarifserhöhungen für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn, die Gebührenerhöhungen in sozialen Betrieben, die sich automatisch aus der fortschreitenden Geldentwertung ergeben, müssen ebenso bewilligt werden, wie die Erhöhung der Löhne und Gehälter und ihre sofortige Auszahlung.

Wer mit uns der Ueberzeugung ist, daß eine solche Politik arbeitserkennlich und arbeitserverderbend wäre, der wird es auch einsehen, aus welchen Gründen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen bereit sind, die Tarife der städtischen Werke ebenso wie die Löhne der städtischen Arbeiterkraft der wachsenden Geldentwertung anzugleichen.

Die städtischen Lohn- und Tarifserhöhungen.

Im großen Stadtoverordnetenversammlung trat gestern (Freitag) vormittag der ständige Haushaltsausschuß der Berliner Stadtoverordnetenversammlung zusammen, um gemäß der ihm erteilten Vollmacht zu den Lohnserhöhungen für die städtischen Arbeiter und Nichtständigangestellten Stellung zu nehmen und über die erforderlichen Deckungsmittel zu beschließen.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zidler.

Jegendwo übte ein Chor, Stimmen wanderten und tanzten durch die Kreuzgänge, schwangen sich hinaus ins Gemäße und kehrten zum Ohr zurück.

In der kühleren Luft der Straße erst merkte Hans, daß nicht nur bei Rubi, sondern auch bei ihm das Gleichgewicht etwas unflüchtig geworden war.

worauf sich die beiden zusammenrissen, um klaren Kurs zu fesseln. Sie waren an einem Schaufenster stehen geblieben, als Hans von einem jungen Arbeiter am Ärmel gepupft wurde.

„Ihr seid Zugereiste?“ „Ja...“ „Seid ihr organisiert?“ Hans nickte und griff nach der Brusttasche.

„Nicht besonders. Er hat sich uns heute nachmittags angeschlossen und hat sich sehr anständig gezeigt.“

„Ich kenne den Mann besser als ihr. Nehmt euch vor ihm in acht — ich warne euch. Habt ihr schon Quartier für die Nacht?“

„So geht zu Josef Imhoff an den Berggraben, dort findet ihr bestimmt ein gutes Unterkommen.“

Rubi und der Fremde warteten in einiger Entfernung. Hans bedauerte den Zwischenfall, denn wenn sie auch den neuen Freund erst wenige Stunden kannten.

„Was wollt man von Ihnen?“ „Wir sollen uns vor Ihnen in acht nehmen...“

„Das habe ich mir gedacht. Es ist schade, aber nun müssen wir uns voneinander verabschieden.“

Der Fremde lächelte: „Trotzdem — ich wünsche euch Glück und Gesundheit!“

Die Straße von Köln nach Pomm war sehr langweilig gewesen. Ein heißer Tag, Rübenfelder — müde und bestaubt kamen sie um das Abendläuten in die Stadt.

Kosten des erwerbstätigen Bürgeriums“ gezahlt werden könne; dieses Bürgerium sei aber heute völlig erschöpft.

Der Strompreis soll von der Septemberberechnung ab für Licht von 13 auf 16 M., für Kraft von 9 auf 12 M. erhöht werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung machte Oberbürgermeister Böß vertrauliche Mitteilungen über den Ernst der städtischen Finanzlage.

Verpflegungssätze in den Krankenhäusern.

Der Magistrat hat beschlossen, die Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern zu erhöhen, und zwar für einheimische Erwachsene in der 3. Klasse von 75 M. auf 120 M.

Er wollte sich noch einmal satt essen.

Der 18jährige Landarbeiter Hans Schafhausen aus Giesenthal machte gestern abend in einem Lokal in der Münzstraße eine Beute von 207 M.

heraus, daß der junge Mensch, der von außerordentlicher Schönheit war, Hannes Röhn hieß und Technik studierte.

„Es soll uns recht sein“, erklärte Hans, und sie wechselten Handschlag auf gute Kameradschaft.

Sie erwarteten durch den Gesang einer schmetternden Knabenstimme:

„Es het sich Schmizzen Billa in Popelsdorf en Billa...“

Die Morgenjonne stand in der Stube, Hannes rannte an das Fenster, riß es auf und schrie hinunter: „Holt din Mul!“

„Du kannst so bleiben“, meinte Rubi anerkennend und fuhr haltig in die Kleider, denn vom Hof herauf roch es nach Kaffee.

Die Morgenjonne stand in der Stube, Hannes rannte an das Fenster, riß es auf und schrie hinunter: „Holt din Mul!“

# Die Arbeiter müssen sparen!

Eine Stenotypistin stellt uns die Abschrift des Briefes zur Verfügung, den sie Herrn Gold ein als Antwort auf seine Anfrage gegen die Arbeiter in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ geschrieben hat. Wir bringen ihn unverändert zum Abdruck.

Von einem Mittelalterliches Reichstages hatte ich eigentlich mehr Verständnis für die „Forderung der Stunde“ vorausgesetzt, als es aus Ihrem Artikel im „Berliner Tageblatt“ spricht. Sie scheinen sich um die Arbeiter- und Angestelltenfrage noch niemals gekümmert zu haben, denn sonst müßten Sie wissen, daß unsere Bezüge in gar keinem Verhältnis zu der Leistung stehen, daß unsere Einkommen es uns seit langem nicht mehr gestatten, unsere Frühstücksbrot mit richtiger Butter zu bestreichen, ein nahrhaftes Mittagbrot zu kochen oder überhaupt den Körper auch nur annähernd die Nahrungsmittel zuzuführen, deren er bedarf, wenn er gesund und arbeitsfähig sein soll. Ist es da ein Wunder, wenn in dem von Ihnen erwähnten Postamt einer Mittelstadt durchschnittlich 27 Proz. des Personals fehlen? Wo soll denn die körperliche Widerstandskraft herkommen, wenn man nicht das mindeste zur Kräftigung seines Körpers tun kann. Eine Maschine, die arbeiten soll, muß auch Betriebsstoff zugeführt bekommen, das dürfte Ihnen als „Dr. Ing.“ ja nicht unbekannt sein. Und von uns verlangen Sie „höchste Leistung“ bei „minimaler Betriebsstoffzufuhr“. Wir sind durch die Not gezwungen, unsere Ansprüche immer mehr zu reduzieren, aber wie man es anstellt, bei dieser dürftigen Ernährung den Körper kräftig, die Nerven gesund und den Geist lebendig zu erhalten, das haben wir noch nicht entdecken können, und Sie würden uns allen eine Wohltat erweisen, wenn Sie uns sagen würden, wie das gemacht wird; denn dann könnten wir wenigstens auch einmal wieder daran denken, an den sonstigen Genüssen dieses irdischen Daseins teilzunehmen. Sie wissen wohl nicht, daß in unseren Kreisen der Besuch eines Theaters, eines Konzertes, einer Ausstellung, die Anschaffung eines Buches u. a. eine große Seltenheit, für viele sogar eine Unmöglichkeit geworden ist, daß wir nur mit größten Sorgen die alte Garderobe erhalten oder ersetzen können. Nur ein Pump oder ein Gehaltsvorschuß macht es uns möglich, Anschaffungen zu machen, und nachher müssen wir um so härter entbehren, damit wir diese Schulden so nach und nach wieder tilgen können. Täglich können Sie in unseren Kreisen in offen Variationen hören, daß es tatsächlich klüger wäre, sich einen Strich um den Hals zu legen, als dieses Jammerleben der Entbehrungen weiterzuführen, und da machen Sie uns den Vorwurf, daß wir mit unseren Lohnforderungen die Bekle in die Höhe treiben. Das glauben Sie doch wohl selbst nicht im Ernst. Wir haben es trotz aller Verbände noch nicht erreicht, daß wir in Dollarkwährung bezahlt werden, aber einige Geschäftsinhaber haben es gut verstanden, ihre Verkaufspreise der Höhe anzupassen, und gerade die Nichtsteuer müssen auf der Höhe auffallend gut bescheid. Diese Menschen „verdienen“ an manchem Tage Summen, deren Höhe ein Vielfaches unseres Monatslohens ausmachen. Wäre es nicht richtiger, dorthin den Vorwurf der Verschwendung, der Verschwendung der Menschheit zu richten? Die das Geld in Händen haben, können doch nur den Einfluß auf den Geldmarkt ausüben. Jene häufen Reichtümer an — wir werden alle Tage ärmer an Gut und an Gesundheit. Sie brauchen Ihre Achseln dem Volke so heute durchaus nicht zu verkaufen, das all die Entbehrungen auf sich als eine unabänderliche Folge des unglücklichen Krieges nimmt und trotzdem nicht verzagt, sondern fleißig weiterstrebt. Freilich, Kritik wie der Ihre im „Tageblatt“ können nicht dazu beitragen, die Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen, und besonders die Geistesarbeitenden werden beim Lesen dieses Artikels ihre Empörung nicht unterdrücken können. Gerade diese Menschen entbehren am allermeisten, denn ihre Befoldung steht ihnen von ihnen in den Händen, so zu leben, wie es ihnen zukommt und wie sie es früher gewohnt waren. Wenn man diesen Menschen schon die materiellen Früchte ihrer Tätigkeit, die für die Allgemeinheit und insbesondere für die Industrie von so großer Bedeutung ist, vorantreibt, dann sollte man ihnen aber wenigstens den Glauben lassen, daß man ihre Berechtigung zu einer angenehmeren Lebensführung anerkennt und ihre Aufopferung oder wenigstens ihren Verzicht zum Wohle des Ganzen zu schätzen weiß. Das ist meiner Meinung nach so einfach, so zwingend logisch, daß man annehmen sollte, auch das größte, auf zwei Beinen herumlaufende Hornvieh müßte es einsehen.

## Der „Telephonrevisor“.

Er wollte sich gerade verheiraten . . .

Der Schrecken der Berliner Geschäftsleute war ein „Spezialist“, der seit dem Januar d. J. sein Unwesen trieb und vor dem schon wiederholt gewarnt worden war. In diesen Geschäften erschien ein Mann in voller Postuniform und gab an, daß er vom Fernsprechamt komme, um die Leitung zu prüfen. Die Uniform und sein sachmännliches Arbeiten ließen den Geschäftsleuten keine Zweifel daran aufkommen, daß sie es wirklich mit einem Beamten zu tun hätten.

Das Vertrauen, das er so hatte, mißbrauchte er, indem er stahl, was ihm in die Finger kam, ganze Ballen Stoffe, Seide, Schuhe, Strümpfe usw., die er alle unter seinem weiten Umhang verwinden ließ. Erst später merkten die Geschäftsleute, daß sie empfindlich bestohlen worden waren. Es liefen dann auch eine ganze Reihe von Anzeigen ein. Aus den Befragungen ersehen die Beamten der Dienststelle B 14, daß sie es mit einem wegen Diebstahls im Amte bestrafte und entlassenen früheren Postkammer Postkammer Krüger zu tun hatten. Dieser aber hatte sich bei seiner Frau, von der er geschieden worden ist, nicht wieder sehen lassen. Er war zwar an verschiedenen Stellen gemeldet, aber auch dort nur, um sich im Besitz der Lebensmittellisten zu sehen. In Wirklichkeit wohnte er an einer anderen Stelle unangemeldet. Als wegen der vielen Warnungen sein Trieb als Telephonrevisor aufzutreten nicht mehr sicher genug war, legte er sich auf ein anderes Gebiet, das ebenso lohnend war. Er falschte Fernsprechkartungen und zog bei vielen Fernsprechkartnehmern die Gebühren ein. Nach langen Beobachtungen gelang es endlich, ihn in der Eisenbahnstraße festzunehmen. Bei ihm wurde ein Zettel vorgefunden, nach dem er mit einer Frau in Spremberg korrespondiert hätte. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß diese die Schwester einer Frau Schmidt aus der Reichenberger Str. 171 war, mit der Krüger schon seit langer Zeit ein Verhältnis unterhalten hatte und bei der er sich auch stets aufgehalten hatte. Bei einer Durchsuchung dieser Wohnung wurden mehrere große Körbe voll Diebesgut, das Krüger im Laufe der Zeit zusammengestohlen hatte, vorgefunden und beschlagnahmt. Krüger stand jetzt kurz vor der Verheiratung und hatte aus den gestohlenen Stoffen Anzüge, Mäntel usw. anfertigen lassen. Ein großer Teil konnte bestohlenen Firmen wieder zurückgegeben werden. Für viele andere Sachen sind die Eigentümer noch nicht bekannt. Diese können sich bei Kriminalkommissar Bennet im Zimmer 105 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Die Geliebte Krügers, Frau Schmidt, wurde ebenfalls verhaftet und beide gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Das Geständnis auf dem Sterbebett.

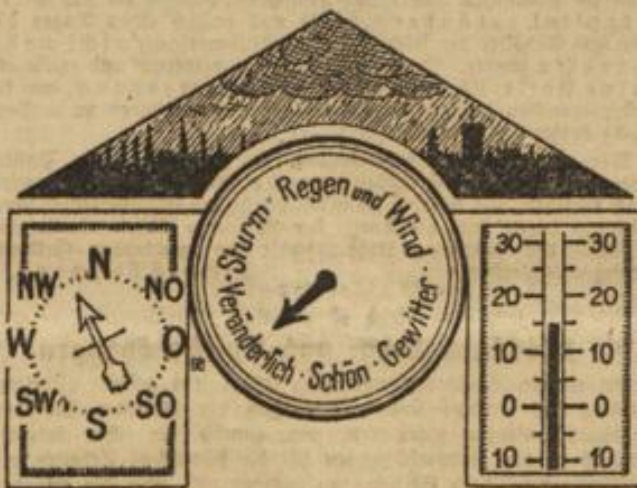
Vor der Ferienkammer des Landgerichts III hatte sich eine Frau Sch. wegen des verübten Verbrechens gegen 218 StGB. und fahrlässiger Tötung zu verantworten. Sie hatte einem jungen Mädchen das schon Mutter eines sechsjährigen Knaben war, unerlaubte Beihilfe gewährt, an deren Folgen die Betroffene so schwer erkrankte, daß ein hinzugezogener Arzt ihre sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus anordnen mußte. Hier lag das Mädchen unter ärztlichen Dualen noch mehrere Tage und starb darauf, ohne daß die Verze ihr Rettung bringen konnten. Auf dem Totenbette erzählte es seinem Liebhaber und seiner Schwester schließlich die Ursache ihres Leidens und beichtete gleichzeitig die Sch. Die Obduktion der Leiche ergab eine

völlige Infiltration des ganzen Körpers und die Sch. wurde unter Anklage gestellt. Ihr Verteidiger Rechtsanwalt Dr. S. Kron führte vor Gericht aus, daß ein kolossaler Zusammenhang zwischen dem Eingriff und dem Tode des Mädchens nicht nachgewiesen sei. Man könne auch den Angaben einer im Todesstadium liegenden Kranken nicht volles Gewicht beilegen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen der Verteidigung und verurteilte, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der 1 1/2 Jahr Gefängnis beantragt hatte, die Angeklagte nur zu 3 Monaten Gefängnis unter ledigster Begnadigung.

## Nach Beeskow.

Vom Görlitzer Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Niederschöneweide umsteigen) fahren wir über Königswusterhausen nach Beeskow. Sonntagsrucksackfahrten, die schon am Sonnabendmorgen zur Hinfahrt benutzt werden können, 3. Klasse 37 M., 4. Klasse 28 M. Beeskow liegt an der Spree, die hier den Bahrendorfer See bildet. In der ältesten nachweisbaren Urkunde von 1272 kommt der Ort als Beskow oder Besikow vor. Er lag an der alten Handelsstraße von Leipzig nach Frankfurt a. d. O., daher konnten sich Handel und Gewerbe hier sehr bald entwickeln. Von den Gewerben brachten es besonders Tuchmacherei und Schuhmacherei zu hoher Blüte. Auch eigenes Münzrecht hatte Beeskow. Die Stadt ist auf der Landseite noch von einer alten und festen mit Türmen versehenen Mauer umgeben, durch die drei besetzte Tore führen. — Der östlich der Stadt auf einer Spreeinsel gelegene Riez ist ein Zeichen, daß die Siedlung schon zur Wendenzeit bestanden hat. Auf dem Riez stand ursprünglich eine Burg, an deren Stelle 1519—1524 ein neues Schloss, das heutige alte Amt, erbaut wurde. Durch den Riez kommen wir nach Bahrendorf auf dem Ostufer der Spree. Auf der Chaussee wandern wir nordöstlich über die Bahn nach Grunow und über das Degelstie. Kurz hinter der Brücke, am Beginn des Waldes, führt nach links ein Weg ab, der uns in die Nähe des von der Spree durchflossenen Degelstiees bringt. In diesem See bildete sich in der Nacht zum 23. Oktober 1910 eine Insel, die nach einiger Zeit jedoch wieder verschwand. Die in den Hausschlammassen des Seegrundes sich entwickelnden Sumpfgase hatten den über ihnen lagernden Schlamm über die Oberfläche des Sees emporgehoben. — Wir wandern weiter nach Norden, immer in der Nähe der Spree durch Wald zur Ragower Abzweigung. Abwärts erstreckt sich der hier einen großen Bogen nach Westen macht, über Forsthaus Schwarzhöhe und Neuhaus am Wergensee nach Neubrück. Hier überschreiten wir die Spree und wandern zunächst dicht am Fluß nach Rahmannsdorf. Nun südlich, in der Nähe des Spreetals, durch das die reich gewundene Spree ihren Lauf nimmt, und das von zahlreichen Altweilern durchzogen wird, nach Rahmendorf, am Südhang der 51,6 Meter hohen Weinberge gelegen. Von hier führt der Weg südlich an Wilhelms Höhe vorüber nach Beeskow zurück. Weglänge 30 Kilometer.

## Wie wird das Sonntagswetter?



Nach dem Abzug eines nordöstlich von uns befindlichen Tiefdruckgebietes rückt hoher Luftdruck von West nach Mitteleuropa vor. Die Winde drehten sich allmählich nach Süd, der Himmel klärte sich am Montag auf und die Temperaturen begannen allgemein zu steigen, an verschiedenen Orten im Westen bis zu 25 Grad Celsius. Die angenehme Unterbrechung des diesen Sommer kennzeichnenden kühlen Regenwetters war jedoch nur kurz. Schon am Dienstag rückte von Südfrankreich ein Tief nach Holland vor und vereinigte sich mit einem von Island ostwärts ziehenden auf der Nordsee; die Bewölkung nahm daher im Westen rasch zu und es begann dort wieder zu regnen. An vielen Orten waren die Regengemengen ziemlich groß, abends traten in Süd- und Mitteleuropa zahlreiche Gewitter ein, die sich rasch nordwärts ausdehnten. Die Regenfälle wiederholten sich im ganzen Westen und gingen nun auch auf Ostdeutschland über. Sie brachten außer zwischen der mittleren Elbe und unteren Oder überall große Niederschlagsmengen, die Winde drehten sich nach West und nahmen. Da das Tief im südlichen Skandinavien liegen blieb, an Stärke beträchtlich zu. Am Donnerstag vormittag begannen die Temperaturen zu sinken und es wurde namentlich in der Nacht zu Freitag ungewöhnlich kühl. Meist sank das Quecksilber unter 10, in der Provinz Brandenburg verschiedentlich unter 7 Grad Celsius. Von Norden her erstreckt sich jetzt ein Tiefdruckgebiet bis nach Mitteleuropa, während im Südwesten der Luftdruck hoch ist. Diese Wetterlage dürfte zunächst nur wenig Änderung erfahren, und wir haben daher in den nächsten Tagen kühles Wetter mit einzelnen leichten Regenschauern zu erwarten. Der Himmel wird voraussichtlich überwiegend bewölkt bleiben und sich nur zeitweise aufheitern bei stielichen frischen nordwestlichen bis nördlichen Winden.

**Milchpreise.** Von Montag, den 28. August, ab beträgt der Preis für Kartennmilch 28 M. je Liter, für freie Vollmilch 30 M. je Liter. Die Preise sind für Reinhandelsgebiete und Abmelkewirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A- und B-Milchkarten werden wie bisher mit je 1/2 Liter, die B- und C-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je 1/2 Liter Frischmilch täglich beliefert.

**Lieder auf der Straße.** In der kommenden Woche veranstaltet Berliner Gesangsvereine auf städtischen Plätzen nachstehende Konzerte: am 28. August ab 7 Uhr abends Terrasse am Schillerpark, Norden, am 29. August ab 7 Uhr abends Viktoriapark, Süden.

**Grubenbrand.** Auf der Zeche Vereinigte Welheim bei Rarnap (bei Essen) ist vorgestern abend gegen 11 Uhr in einem Stempel von 120 Metern Höhe, der von der 6. zur 7. Sohle führt, ein Grubenbrand ausgebrochen. Ein Revierfeiger ist bei den Löscharbeiten getötet worden, ein anderer Steiger befindet sich in Lebensgefahr. Weitere Menschenleben sind nicht gefährdet. An den Löscharbeiten, die sich wegen der starken Rauchentwicklung äußerst schwierig gestalten, sind die Rettungsmannschaften der Zeche Vereinigte Welheim und des Bergbauischen Vereins in Essen beteiligt.

**Ein schweres Flugzeugunglück** ereignete sich auf dem Flugplatz Frescati (Frankreich). Ein von einem französischen Sergeanten gesteuertes Flugzeug, das kaum aufgestiegen war, kippte plötzlich in der Luft um und stürzte ab. Der Benzindrehmotor explodierte und der Apparat geriet in Brand. Ein Infanterie-Mechaniker, war sofort tot, während der Sergeant lebensgefährlich verletzt unter den Trümmern herorgezogen wurde.

# Wirtschaft

## Die Lage der staatlichen Bergwerke.

Von unterrichteter Seite wird der Dena über die Bedeutung der Garantieforderung der Reparationskommission, soweit sie die staatlichen Bergwerke betrifft, folgendes mitgeteilt:

Die deutsche Kohlenwirtschaft befindet sich heute in einer verzwiefelten Lage. Die Gründe liegen im Verlust wichtiger Steintohlenbergwerke durch den Versailler Friedensvertrag und in den Reparationsleistungen an die Entente, für die noch dazu stets die besten Sorten in Anspruch genommen werden. Besonders schwer sind die Verluste, die der preussische Bergbau, der überwiegend Steintohlenbergbau betreibt, erlitten hat. Nach der Förderungsziffer von 1913 betrug die Förderung der preussischen staatlichen Steintohlenwerke ca. 26 Millionen Tonnen, davon nach dem Verlust Oberschlesiens der Bergbau 17 Millionen Tonnen, das sind über 65 Proz. verloren. Die Jahresproduktion betrug 1921 deshalb nur noch 7 Millionen Tonnen.

Diese Förderung setzt sich folgendermaßen zusammen: In Westfalen werden gefördert 4,6 Millionen Tonnen, in Hannover 0,4 Millionen und in Oberschlesien 2,1 Millionen Tonnen in den staatlichen Gruben.

Frankreich will nunmehr, wie die Forderungen Polinars bescheiden, auf den größten Teil ihres kleinen Restes der Produktion der preussischen Bergbau, der noch dazu durch starke Reparationsleistungen mit 25 Proz. seiner Gesamtförderung befaßt ist, die Hand legen.

Bei der bisherigen Grenzregulierung in Oberschlesien, die nur als provisorisch anzusehen ist, ist eine Anzahl staatlicher Gruben dicht an der Grenze auf der deutschen Seite verblieben. Bei den jetzt schwebenden Verhandlungen haben die Polen auf Anraten der französischen Regierung den Antrag gestellt, daß diese besten deutsch verbliebenen staatlichen Bergwerke dem polnischen Gebiet zugesprochen werden und so der polnisch-französischen Bergwerksgesellschaft überliefert werden. Es bleibt zu hoffen, daß dieser neue Versuch der Polen, sich deutsche Bergwerke anzueignen, obwohl sie schon jetzt über die Abfahrts auf ihren bisherigen ober-schlesischen Bergwerken klagen, durch die Grenzkommission vereitelt wird. Die Reparationskommission will nun auf die staatlichen Bergwerke in Westfalen als Pfandobjekt für die Stundung der Reparationsleistungen ihre Hand legen. Die Folge für die deutsche Wirtschaft wird ohne Frage eine gewaltige neue Kohlenverteilung und Verschärfung der Kohlennot sein. Die Bestrebungen, die gefaltene Förderung zu heben, würden erlahmen, sobald die Werke unter die Kontrolle der Entente gestellt würden. Mit den Arbeitern ist endlich die Frage des Ueberlichtensabkommens geregelt, so daß auch dadurch eine Erhöhung der Förderungsziffer zu erwarten ist. Auch diese Vermehrung der Produktion würde ausfallen, da die Arbeiter sich weigern werden, für die unter der Entente Kontrolle stehenden Bergwerke Ueberleistungen zu leisten. Zunächst würde deshalb eine erhebliche Minderförderung eintreten. Die Erfahrungen, die man mit der französischen Verwaltung der Saarbergwerke gemacht hat, zeigen, daß die französische Bergwerksverwaltung sehr viel kostspieliger arbeitet als die deutsche. Im Saargebiet sind jetzt viermal soviel Beamte beschäftigt wie unter der preussischen Verwaltung. Diese Beamten sind nicht nur infolge Bezahlung in Frankreich, sondern auch relativ sehr viel teurer bezahlt als die preussischen Beamten. Infolgedessen beträgt heute der Preis der Saarkohle das Drei- bis Vierfache des Ruhrkohlenpreises. Trotz alledem erzielen die französischen Bergwerksverwaltungen schlechte wirtschaftliche Ergebnisse im Saargebiet, obwohl sie Raubbau treiben. Würden all diese Erscheinungen auch auf die staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet übertragen, so würde eine neue Verteuerung der Hausbrandkohle, eine neue Erschwerung der industriellen Produktion die Folge sein.

Wie gering gegenüber diesen Gefahren und Bedrohungen der deutschen Wirtschaft die finanziellen Vorteile für die Reparationskommission sind, geht aus der Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse der preussischen Bergwerksdirektion Recklinghausen hervor. Die preussische Bergwerksdirektion Recklinghausen hat bis zum Jahre 1920 aus der Staatskasse Zuschüsse gefordert, die vor dem Kriege im Jahre 1912: 2,4 Millionen, 1913: 1,2 Millionen, 1914: 4,3 Millionen, 1915: 5,4 Millionen, 1916: 7,1 Millionen, 1917: 4,1 Millionen, 1918: 4,5 Millionen, 1919: 16,8 Millionen und 1920: 19,3 Millionen betragen. Erst das Rechnungsjahr 1921/22 scheint mit einem kleinen, noch nicht abgerechneten Gewinn abzuschließen. Selbst wenn dieser Gewinn einige Millionen Papiermark betragen sollte, so ist er selbstverständlich zur Befriedigung der französischen Finanzbedürfnisse völlig bedeutungslos. Aber selbst wenn man die Abschlässe größter deutscher Bergwerksgesellschaften in Betracht zieht und bedenkt, daß die Harpener Bergwerks-A.G. im Jahre 1921 für 17 Millionen Dividendenbeträge ausgeschüttet hat, so könnte leicht auch der französische Deffizitbedarf klar werden, daß auf diesem Wege der Befehlagnahme von Bergwerken, die doch nur Papiergeldträge liefern, kaum ein Weg für die Behebung der französischen Finanzschwierigkeiten gefunden werden kann.

**Ein neuer Scherindustrieller Konzern in der Seefahrt.** Die Eisenbahn Otto Wolff u. Cie., bekanntlich die Ausführungsorganisation der der Firma Wolff nahe stehenden Werke Phönix, Rheinisch und von der Zepen, hat die Mehrheit der Aktien der Argos-Dampfschiffahrtsgesellschaft erworben.

**Produktionseinschränkung infolge der Geldentwertung.** Der Aufsichtsrat der Lederwerke Wiemann A.G. hat den Vorstand infolge der starken Geldentwertung der Reichsmark ermächtigt, eine mehr oder minder große Betriebsleistungseinschränkung entsprechend der jeweiligen Lage vorzunehmen.

## Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	25. August		24. August	
	Käufer-Kurs	Verkäufer-Kurs	Käufer-Kurs	Verkäufer-Kurs
100 holländische Gulden . . .	71910.—	72090.—	70903.75	77096.25
1 argentinischer Papier-Peso . . .	664.15	685.85	716.10	717.90
100 belgische Frank. . . . .	13283.85	13316.65	14581.75	14618.25
100 norwegische Kronen . . . . .	32558.25	32840.75	33957.50	34042.50
100 dänische Kronen . . . . .	41048.60	41151.40	42096.55	42303.45
100 schwedische Kronen . . . . .	40997.50	50063.50	52554.25	52605.75
100 finnische Mark . . . . .	4594.25	4805.75	4194.75	4205.25
1 japanischer Yen . . . . .	863.00	866.19	948.80	951.20
100 italienische Lire . . . . .	8089.00	8060.10	8789.—	8811.—
1 Pfund Sterling . . . . .	8290.65	8260.35	8539.90	8661.10
1 Dollar . . . . .	1947.68	1852.82	1972.58	1977.47
100 französische Frank . . . . .	13682.50	14017.50	15890.60	16369.20
1 brasilianischer Real . . . . .	239.70	240.80	259.67	260.33
100 Schweizer Frank. . . . .	34556.85	34943.65	37652.85	37747.15
100 spanische Psetas . . . . .	27965.—	29035.—	30086.65	30713.35
100 österr. Kronen (abgezt.) . . . . .	1.58	1.57	1.98	2.02
100 tschechische Kronen . . . . .	6701.50	6808.50	6441.90	6488.10
100 ungarische Kronen . . . . .	107.86	108.14	99.97	100.13
100 bulgarische Bawa . . . . .	1048.65	1051.85	1145.55	1151.45

\* Bedeutet repartiert.  
— 100 Polenmark galten etwa 22,60 Mark.

## Die Preßpolizei in Bayern.

Die preussische Regierung hat vor wenigen Tagen dem bayerischen Staatsministerium bekanntlich Mitteilung von dem Verbot der „Roten Fahne“ gemacht und dabei auf die unerhörten Beleidigungen hingewiesen, die sich ein Teil der bayerischen Presse fast alltäglich gegen die Reichs- und die preussische Staatsregierung leistet. Die bayerische Regierung hat es bisher weder für notwendig gehalten, den Brief zu beantworten, noch die Ehre der Reichs- und preussischen Staatsregierung in gebührender Weise zu schützen. Statt an der richtigen Stelle zuzugreifen, verbietet sie sozialistische Zeitungen, die es wagen, der Frage die Schelle umzuhängen. Solange die bayerische Regierung sich nicht dazu entschließen kann, auch in ihrem Hoheitsgebiet ordentliches Recht gelten zu lassen, solange charakterisiert sie sich moralisch selbst, wenn sie einen besonderen Schutz durch die preussische Regierung beansprucht. Nachdem Bayern gezeigt hat, wie es in seinem Lande mit der Anwendung des Rechtes steht, begrüßen wir die von dem preussischen Ministerium des Innern am Freitag verfügte Verkürzung des Verbotes der „Roten Fahne“ auf 10 Tage; am 29. August darf sie wieder erscheinen.

## Die „Rote Fahne“ gegen Schimpfereien.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, ist dem Verbot der auf drei Wochen verbotenen „Roten Fahne“ folgendes vom 24. August datiertes Schreiben heute übermittelt worden:

In der Beschwerdeschrift der „Roten Fahne“ vom 23. August 1922 gegen meine Verbotsverfügung vom 16. August 1922 (I G 2318) wird auf Seite 2 verlehrt, daß die Redaktion nicht die Absicht gehabt habe, die bayerische Regierung durch die beanstandeten Ausdrücke zu beschimpfen; sie habe vielmehr ausschließlich gegen die Handlungen dieser Regierung protestieren und auf die Gefährlichkeit ihrer Handlungen hinweisen wollen.

Auf Seite 6 wird ausgeführt, daß es der Redaktion der „Roten Fahne“ als Zentralorgan einer Arbeiterpartei durchaus fern liege, zum Zweck der Beschimpfung einzelne Personen anzugreifen. . . . Bezüglich des beanstandeten Ausrufs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sei sich die Schriftleitung keineswegs bemußt gewesen, daß dieser Ausruf als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik bewertet werden würde.

Mit Rücksicht auf diese Entzürungen habe ich beschloffen, die Verbotsfrist für die „Rote Fahne“ von drei Wochen auf 10 Tage herabzusetzen, daß die nächste Nummer der „Roten Fahne“ am 29. August d. J. erscheinen darf.

Die Beschwerde ist an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig zur Entscheidung abgegeben. Das Schreiben ist gezeichnet: Staatssekretär Dr. Freund.

Die Weitergabe der Beschwerde an den Staatsgerichtshof hat nach dem VPR. auch den Zweck, eine prinzipielle Entscheidung darüber zu erzielen, ob die Zustellung der „Roten Fahne“ für Brandenburg und die Lausitz an die Abonnenten der „Roten Fahne“ während der Verbotzeit eine Umgehung des Verbotes im Sinne des § 21 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik darstellt.

## Volkshilfe für die Erwerbsunfähigen.

Auf Einladung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands haben am 15. und am 25. August im Reichstag in zwei Sitzungen Staatssekretäre, an denen außer dem genannten Verband und dem Deutschen Volksbund zur Förderung der Interessen der Invaliden die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, des Reichsarbeitministeriums und des preussischen Wohlfahrtsministeriums teilnahmen. Die Vertreter der Invalidenverbände regten an, für alle Renten- und Armenunterstützungsempfänger sofort eine große Hilfsaktion einzuleiten, um die ungenügende öffentliche Fürsorge zu ergänzen. Es soll der Wert des Ertrags einer Arbeits- oder Geschäftsstunde für die Hilfsbedürftigen zuzurechnen. Die Vertreter sozialistischer Organisationen legten ihre Mitwirkung zu und stellten ihren Organisationskörper für die Durchführung der Aktion zur Verfügung. Das Reichsarbeitministerium soll, wie die VPR. hören, veranlaßt werden, schnellstens einen Aufruf an das deutsche Volk zu veranlassen, das Hilfswort großzügig in Angriff zu nehmen.

lich den Fredericus-Reg-Film auf Grund der Gesetze zum Schutze der Republik verbiete und fordern inzwischen die Arbeiter auf, dafür Sorge zu tragen, daß in den von ihnen besuchten Kinos nicht länger auf ihre Kosten monarchistische Propaganda getrieben werde.

Dr. Bulke hat nach dem „Volk-Anzeiger“ ausgeführt: „Wenn der Vertreter der thüringischen Regierung von der Hohenzollern-Legende gesprochen habe, so sei gewiß zuzugeben, daß sehr vieles unrichtig sei, was Jugend und Öffentlichkeit gelehrt worden sei. Aber diese beiden Könige, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, seien nicht blos Könige, sondern auch große Menschen gewesen. Wenn die thüringische Regierung von Presseäußerungen gegen den Film gesprochen habe, so seien diese einem Könige gegenüber, der gesagt habe: „Gazetten sollen nicht geniert werden“, wenig begründet.“

Sollte dies wirklich der Fall gewesen sein, so muß diesem Republikaner gesagt werden, daß er in der dicken Hohenzollernlegende stehengeblieben ist (er soll bei Wehring und sonstwo nachlesen, was von Friedrich Wilhelms Größe und des alten Friedrichs Frechheit zu halten ist). — Um aber mit ihm in seiner Sprache zu reden wollen wir nicht zu bemerken versehen, daß es uns mittelbare (wenn auch nicht unmittelbare) Hohenzollernvererblichkeit treibt.

„Die kleine Soubertin“, das Sommerereignis des Schiller-Theaters, will im Theater am Kurfürstendam in der ersten Vorstellung ausfallen. Toll genug sind in diesem Operettenschmaus die Postenrollen gehäuft und durcheinandergewirbelt, prächtig klingt die Musik Gilberts hinein, und durch die schon bekannten Schölerer angeregt, kommt das Publikum gleich mitzungen. Die Musik geht doch auf die Sinne. Was ging wie am Schürchen: Spiel, Tanz und Gesang, nur der von den Gewaltthaten erschütterte Bühnenboden tanzte außer der Reihe, Rollen von Staub entladend, Josefina Dora wickte in all dem Wühlum durch ihren Humor, Harold Paulsen war ein fester Junge, Karl Reiffer und Max Metelka entzückten auf ihre Art. Es gab so viele Da capos, daß die Affäre vorausichtlich sich bis zur Mitternacht ausdehnte. r.

Wag Reinhardt, der seiner Zeit mit so großen Plänen von Berlin fortging, beschäftigt das Reichstheater in Wien zu übernehmen — aber wohl erst im Jahre 1924 an.

Das Märkische Wandertheater besetzt am 15. Sept. die neue Spielzeit unter der Leitung des Direktors D. Müller, nachdem es von der Reichsregierung und der Preussischen Landesbehörde eine Zulassung erhalten hat. Zur Aufführung erworben wurden „Die verurteilten“, „Carmel des Dammes“, „Bühnenwelt“, „Der Silberberg“, das Schauspiel „200 Frauen“ von Senec und „Raim“ von Müllers.

Zur Besuch der kaiserlichen Museen in Berlin hat jetzt dadurch eine Veränderung erfahren, daß an jedem Samstag um 10 Uhr und Sonntag um 10 Uhr im Zentralbureau, Altes Museum am Lustgarten, zur Ausgabe gelangen. An der Ausgabe von Jahreskarten um 10 Uhr an Studierende und Schüler hat sich nichts geändert. Semester und Jahr rechnet von April an.

Eine Frau als ordentliche Professorin — in Betrachtung manigfaltig — ist in Gießen tätig. Die Privatdozentin Margarete Dieber vertritt den ordentlichen Professor der klassischen Archäologie.

# Wirth antwortet Poincaré.

## Antwort auf Bar-le-Duc.

Von amtlicher Seite wird dem W.B. zu den beiden kürzlich vom französischen Ministerpräsidenten gehaltenen Reden folgendes mitgeteilt:

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Rede in Bar-le-Duc am 21. August einen Vergleich zwischen der deutschen und der französischen Zahlungs- und Handelsbilanz gezogen mit dem Ziele, nachzuweisen, daß der Sturz der Mark nicht durch die Passivität der deutschen Zahlungs- und Handelsbilanz verursacht ist. In einem Punkte ist dem französischen Ministerpräsidenten Recht zu geben: bis zu dem jetzigen furchtbaren Tiefstand und in diesem schnellen Tempo die Mark zu entwerfen, hätte die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz allein nicht ausgereicht. Die letzte Entwertung von 1/150 auf mindestens 1/450 des Friedenswertes ist vollends

### durch die Politik der Drohungen und Retorsionen verschuldet.

Die deutsche Wirtschaft ist durch den Krieg vollständig erschöpft und durch den Waffenstillstand und Friedensvertrag aller Aktivitäten beraubt worden, mit denen Auslandszahlungen geleistet werden könnten. Deutschland hat seine ausländischen Wertpapiere abliefern müssen; seine Handels- und Industrieunternehmungen im Auslande sind liquidiert worden; seine Handelsflotte mußte — zum eigenen Nachteil der ältesten Schiffsahrt — abgeliefert werden, und die Kolonien sind ihm weggenommen worden. Darüber hinaus ist die deutsche Wirtschaft auf das schwerste geschädigt worden durch die Egreuzung wichtiger Rohstoffe und Landwirtschaftlicher Gebiete, durch die Kohlen-, Holz- und sonstigen Warenlieferungen, durch die Zollzwischenzünge, durch die Durchbrechung seiner Ein- und Ausfuhrvorschriften, durch die aufgezwungene Ueberschwemmung mit überflüssigen Luxuswaren, durch die Knebelung mit der einseitigen Reißbegünstigung usw.

Es gibt nur drei Formen, in denen ein Land Leistungen an das Ausland machen kann, nämlich: 1. durch die Arbeit, sei es in der Form von Warenausfuhr oder von Industrie- und Handelsunternehmungen oder durch Schiffsahrt im Ausland, sei es durch Abgabe von Arbeitskräften an das Ausland; 2. durch den Verkauf von ausländischen Wertpapieren; 3. durch Zahlung mittels Auslandskrediten. Alle diese Leistungsmöglichkeiten hat der Vertrag von Versailles vorweggenommen oder unmöglich gemacht, wie die Aufnahme von Krediten, oder sie sind abgelehnt worden, wie das wiederholte Angebot zum Aufbau von Nordfrankreich durch deutsche Arbeitskräfte.

### Deutschland wird der internationale Kredit verweigert

sowohl von der Bank von England, als auch von der Bankierkommission, mit der Begründung, daß der Vertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum Deutschland kreditunwürdig gemacht haben.

Die Beweisführung des Herrn Poincaré für die Behauptung, daß Deutschland die Entwertung der Mark selbst herbeigeführt hat, ist daher falsch. Der Reichsminister hat erst kürzlich in seiner Ansprache an die ausländische Presse darauf hingewiesen, welche furchtbaren Folgen der Marksturz und die Leuerung für Deutschland haben muß, und daß es Wahnsinn von einer Regierung wäre, diese Folgen selbst herbeizuführen.

Wenn man danach forscht, wer auf der Welt von der Markverschlechterung eigentlich Nutzen hat, findet man nur Frankreich und die französische Industrie.

Diese Tatsache erklärt die sonst unverständliche französische Politik. Je mehr die Mark sinkt, desto billiger erhält Frankreich die deutsche Kohle. Während noch im Mai 1920, kurz vor der Spa-Konferenz, die deutschen Kohlen- und Kokslieferungen 18—25 Goldmark für die Tonne wert gewesen sind und mit diesem Werte auf Reparationskonto gutgebracht wurden, und während damals Deutschland sogar noch eine Exportprämie von 5 Goldmark in bar gezahlt

worden ist, werden für die deutsche Kohle heute nur noch 4 bis 5 Goldmark im ganzen für die Tonne auf Reparationskonto gutgeschrieben. Frankreich erzielt bei einem solchen Preise für sich selbst Milliardengewinne aus den deutschen Kohlen, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles Deutschland nicht gutgeschrieben werden, und es kann trotzdem noch seine Eisenindustrie mit so billiger Kohle versorgen, daß die übrigen Eisenindustrien damit nicht konkurrieren können. Die stillgelegten Hochofen in den Vereinigten Staaten und in England und die Millionen Arbeitsloser in diesen beiden Ländern sind die direkten Folgen dieser französischen Politik.

Der französische Ministerpräsident hat in Bar-le-Duc weiter behauptet, Deutschland habe im Dezember 1921 an Barzahlungen und Sachlieferungen erst vier Milliarden Goldmark geleistet. Diese Behauptung ist vollständig falsch. Deutschland hat bis jetzt an Barzahlungen aus dem Friedensvertrag 2,2 und an Sachlieferungen 16,3 Milliarden Goldmark geleistet; dazu kommen 19,7 Milliarden Goldmark für Beschaffungskosten, Abtretung der Ansprüche an die deutschen Kriegsverbündeten, das deutsche liquidierte Eigentum im Ausland und sonstiges, zusammen also über 38 Milliarden Goldmark. Rechnet man dazu noch den Wert der von Deutschland abgetretenen Gebiete und den Wert der deutschen Kolonien, so ergibt sich eine Leistung Deutschlands von über 100 Milliarden Goldmark.

Der französische Ministerpräsident hat von neuem den Vorwurf erhoben, daß Deutschland die Kapitalflucht begünstigt oder nicht genügend bekämpft habe. Die deutsche Regierung hatte von sich aus schon lange, bevor die Reparationskommission dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zugewendet hat, die Maßnahmen gegen Kapitalflucht getroffen, die bei der jetzigen Lage des Wirtschaftsverkehrs Erfolg erwarten ließen. Sie hat darüber hinaus auf das Verlangen der Reparationskommission noch weitere Maßnahmen getroffen und wird noch weitere treffen, obwohl diese Maßnahmen mit der Lage des Wirtschaftsverkehrs nicht mehr vereinbar sind und kaum einen Erfolg erwarten lassen. Es wird aber die Frage an den französischen Ministerpräsidenten zu richten sein, ob er denn glaubt, daß die französischen Vorschriften zur Bekämpfung der Kapitalflucht irgendeinen Erfolg gehabt haben. Auch aus den Siegerstaaten und auch aus Frankreich ist Kapital nach dem Ausland gegangen, trotz der dort bestehenden Vorschriften. Da der französische Ministerpräsident auf die englische Zeugenschaft so großen Wert legt, wo sie sich scheinbar gegen Deutschland richtet, möge er sich doch daran erinnern, was kürzlich Sir Robert Horne über diese Frage in seiner Unterhausrede geäußert hat; er sagte:

„Die einzige tatsächliche und endgültig wirksame Methode, die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern, ist die, den Kapitalbesitzern genügend Vertrauen auf Deutschland beizubringen, um ihr Kapital dort zu lassen.“

Gegen die Verunglimpfung der deutschen Armee und des deutschen Volkes in der Rede Poincarés, die der Rede in Bar-le-Duc vorausging, müssen wir uns auf das entschiedenste verwahren. Bewahren müssen wir uns auch gegen die Darstellung, wie sie namentlich von französischer Seite während des Krieges und nach dem Kriege verbreitet worden ist, daß solche Mittelstufen nur von deutscher Seite begangen worden seien. Auch auf der Seite unserer Gegner ist gesündigt worden, und die Fälle von Grausamkeiten, von Mißhandlungen mehrerer Gefangener, von Plünderungen und Mordtaten, die uns von französischen Truppen bekannt geworden sind und deren Wahrheit unwiderleglich feststeht, sind nicht minder schwer als diejenigen, die man deutschen Soldaten vorwirft. In einem Augenblick, wo alle Kräfte angepannt werden müssen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht nur Deutschlands, sondern auch aller mit ihm in Berührung stehenden europäischen Staaten zu verhindern, können solche Reden, wie sie Herr Poincaré immer wieder hält, nur Unheil stiften.

## Internationale Jugendkonferenz.

Aus Salzburg wird uns geschrieben: Im Anschluß an die internationale Jugendzusammenkunft in Salzburg fand am 21. August eine gemeinsame Sitzung der beiden Komitees der Arbeiterjugend-Internationale und der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen statt. Die Sitzung war von beiden internationalen Verbindungen stark besucht. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Beratungen über den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Jugend. Die Verhandlungen führten zu einem vollen Erfolg. Es wurde einstimmig ein Gegenwartsprogramm für die internationale Arbeit auf dem Gebiet des Jugendschutzes angenommen, das folgende Forderungen enthält:

1. Vollständiges Verbot der Erwerbsarbeit für die schulpflichtige Jugend.
2. Verbot der Ueberbürdung des Achtstundentages. Einrechnung der Pflichtschulzeit mit einer Mindestarbeitszeit von sechs Stunden. Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Tagesstunden.
3. Obligatorische Eignungsprüfung vor Zulassung der Jugendlichen zur Erwerbsarbeit.
4. Vollständiges Verbot der Akkordarbeit, der Nachtarbeit, der Arbeit unter Tage und in gesundheitsgefährlichen Betrieben.
5. Vollständige Sonntagsruhe, freier Sonnabendnachmittag.
6. Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes bis zum 18. Lebensjahre.
7. Kontrolle der Durchführung durch Jugendinspektionen unter Mitwirkung von Arbeitervertretern.
8. Grundlegende Reform des Lehrplanswesens.
9. Neuordnung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts.

Der Kampf für die Durchführung dieser Forderungen soll von einem Komitee geleitet werden, das aus je einem Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterjugend-Internationale und der Internationalen Arbeitergemeinschaft zusammengesetzt wird. Die Konferenz beschloß ferner mit der Frage des Verhältnisses zur kommunistischen Jugendinternationale und mit der Einladung zu einem Weltkongreß der proletarischen Jugendorganisationen. Da in der gemeinsamen Aussprache eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, traten die beiden Komitees zu einer getrennten Beschlußfassung zusammen. Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitergemeinschaft erklärte, nur dann mit der kommunistischen Jugendinternationale über die Frage des Weltkongresses zu verhandeln, wenn an diesen Verhandlungen auch die Arbeiterjugend-Internationale teilnimmt. Die Arbeiterjugend-Internationale beschloß einstimmig, die Teilnahme an dem Weltkongreß abzulehnen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Bericht des Vertreters der Georgischen Sozialistischen Jugendorganisation entgegengenommen und eine Entschließung gefaßt, die gegen die von den Bolschewisten geplante Verbannung der inhaftierten georgischen Sozialisten nach Rußland scharfsten protestiert.

Bei der Beratung über die künftige Zusammenarbeit der beiden Jugendinternationalen herrschte Einmütigkeit darüber, daß die gegen-

wärtige politische und wirtschaftliche Lage ein weiteres Hand-in-Hand-arbeiten erfordert. Beschlossen wurde noch für den Weltfriedenskongreß, der Ende des Jahres in Amsterdam stattfindet, eine rege Propaganda zu entfalten.

## Münchener Polizei gegen Rechtsbolschewisten.

München, 25. Aug., 11 Uhr nachts. (Eig. Draht.) Die Münchener Polizeidirektion hat sich angeichts der durch den Ausruf des „Ordnungsbloks“ geschaffenen ersten Lage offensichtlich auf Weisung des Ministerrats veranlaßt gesehen, die heutige Massendemonstration gegen den „Friedensschluß mit dem Reich“ zu verbieten. Als Vorwand diente ihr, daß die Zustimmung des Landtagspräsidenten zur Demonstration im Bannkreis nicht zu erlangen sei, da er von München abwesend ist. Die Münchener Rechtsbolschewisten kummerden sich natürlich nicht um das Verbot. Sie versuchten den Uebergang über die Harbrücke zu erzwingen, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert. Um den Königssplatz hatte sich zum Verbot zum Trotz eine große Menschenmenge angesammelt, die sich mit dem Abfliegen nationalsozialistischer Ueberblätter beschäftigte. Schließlich räumte die Polizei den Platz und die anschließenden Straßen. Die Demonstration formierte darauf die Jüge und zogen unter Abfliegen von antisemitischen Kampfschildern durch das Zentrum der Stadt. Vor dem Verlagsgebäude der „Münchener Post“ und vor den Quartieren der Exzentrikkommission wurde Halt gemacht und die üblichen Drohungen ausgesprochen. Die Leistung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zog sich über die Harzbrücke, um bei Volkler Kriegstor zu halten. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der kommunistischen Jugend. Die Kämpfungen wurden von der Polizei getrennt. Im übrigen ist der Abend ohne weitere Störung verlaufen.

Die Form, in der die Polizei den Willen des Ministerrats durchzudrücken versuchte, war charakteristisch für den Geist, von dem sie befeht ist. Das Plakat, das in den Abendstunden angehängt wurde, nennt die Demonstration gegen die Reichsregierung überhaupt nicht beim Namen und spricht fortgesetzt nur von einer „Teuerungsdemonstration“.

Sozialdemokratischer Sieg in der Hamburger Taubstummenankalt. Bei der am 20. August stattgefundenen Neuwahl für die Vertreter der erwachsenen Taubstummen in den Elternrat an der Taubstummenanstalt in Hamburg siegte die Liste „Fortschritt“ der Hamburger Taubstummenaktion der SPD.

Verhaftungen unter der russischen Intelligenz. Wie der „Riga'schen Rundschau“ aus Moskau gemeldet wird, sind neuerdings eine Reihe weiterer hervorragender Vertreter der russischen Intelligenz in Moskau verhaftet worden, darunter die Professoren Kiselew, Fürst S. Trubezkoj, M. Feldstein und der bekannte Publizist Rjakotin.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Beamten und die Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hielt am Donnerstagabend in den „Germaniasälen“ eine öffentliche Beamtenversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Der Stand der Rechts- und Befoldungsfragen und die künftige gewerkschaftliche Organisation der Beamten.“ Referenten waren Ministerialrat Falkenberg und Theodor Kozur vom Deutschen Eisenbahnerverband.

Zunächst sprach Falkenberg, der in einer großzügig angelegten Rede eingehend die Entwicklung der Beamtenbewegung schilderte. Ein gewaltiger sozialer Umschichtungsprozess vollzieht sich heute und man kann doch nicht glauben, daß die Beamten davon unberührt bleiben. Das Wesen dieses Umschichtungsprozesses muß erfaßt und hiernach ein neuer Weg eingeschlagen werden, den der Allgemeine Deutsche Beamtenbund bereits beschritten hat.

Wir dürfen nicht glauben, unsere Forderungen außerhalb der des Volkes erreichen zu können. Als Grundpfeiler sind Solidarität und Koalitionsfreiheit anzusehen. Nur eine Umbildung der ganzen Beamtenbewegung, alle Beamten auf eine gewerkschaftliche Grundlage zusammenzubringen, kann uns zum Ziele führen.

Von diesem Gedanken aus ist der Allgemeine Deutsche Beamtenbund begründet worden. Wir haben erkannt, daß wir ohne ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften nicht vorwärts kommen. Der vermaledeite Standesdünkel muß abgestreift werden. (Lebhafte Beifall.) Wir dürfen nicht lediglich Lohnpolitik betreiben, sondern müssen den Weg praktischer Wirtschaftspolitik beschreiten, den Weg, auf dem eine Umstellung unserer Wirtschaft zu erreichen ist. Ohne unsere Selbständigkeit aufzugeben, müssen wir in engerer Fühlung mit den Schichten bleiben, die ebenso wie wir nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben.

Der Vorwurf gegen unseren neuen Bund, daß er parteipolitisch nicht neutral bleiben wolle, ist ganz unberechtigt, denn auch in seinen Satzungen ist diese Neutralität vorgesehen. Wir wollen aber den alten obrigkeitlichen Geist nicht wieder einführen, uns nicht einmal links und dann wieder rechts herum drehen, sondern endlich die Demokratisierung der Verwaltung erreichen. (Großer Beifall.)

Der Beamte soll nicht bloß als Beamter, sondern auch als Mensch gewertet werden. Wer aufsteigen will, muß den Beweis des Mögens hierfür erbringen. Es darf keine chinesische Mauer aufgerichtet werden. (Zustimmung.) Als nach der Ermordung Rathenaus der Ruf nach einem Schutzgesetz für die Republik erhoben wurde, erklärten unsere Gegner, sich für diese Forderung energisch einzusetzen zu wollen, später stellten sie sich aber auf die Seite der Parteien, die für die Ablehnung eintraten. So verfiel sie in dem Augenblick, in dem die deutsche Republik auf dem Spiele stand.

Auch der gegen uns gerichtete Vorwurf, daß wir das Berufsbeamtentum abbauen wollten, ist unbegründet. Wir wollen, daß alles, was öffentlich-rechtlich ist, auch auf öffentlich-rechtlicher Grundlage gestellt sein muß. Wenn sie aber meinen, daß alle, die nun einen Platz an der Sonne haben, diesen auch nur allein und für immer behalten sollen, so sind wir allerdings anderer Meinung. Mit dem Ruf, vorwärts und aufwärts zu streben, schloß der Redner unter stürmischen Beifall sein Referat.

Hierauf sprach Kozur über Beamtenrecht und Beamtenbefoldung. In seinen Ausführungen berührte er alle hiermit in Verbindung stehenden wichtigen Fragen für die Beamtenenschaft, namentlich das Beamtenrecht, die Koalitionsfreiheit, sowie auch die Bestimmungen über die Altersgrenze der Beamten. Dann kam er weiter auf die Befoldungsverhandlungen zu sprechen und wandte sich schließlich gegen die ungerechte Fällung des prozentualen Zuschlags, die es ermöglicht, daß der Gruppe I nur 17 040, den in Gruppe II eingerechneten Beamten aber 105 600 R. im Endgehalt bewilligt werden konnten. Die Beamtenenschaft müsse sich endlich dazu aufraffen, in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen bessere Verhältnisse zu erkämpfen. (Großer Beifall.)

Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in der u. a. Kozur erklärte, daß der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten beschloß, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten, und Fräulein Krüger mitteilte, daß sie vom Verband der Post- und Telegraphen-Beamtinnen ausgeschlossen worden sei, weil sie einen Werber für den ADBB unterzeichnet habe, wurde die nachstehenden beiden Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Die Versammlung verleiht, mit aller Kraft für die Stärkung des ADBB, einzutreten, und erwartet, daß die Bundesleitung in Zukunft im engsten Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten Hand in Hand arbeiten wird.
2. Die versammelten Beamten erheben auf das schärfste Protest gegen das Verhalten der Regierungsvertreter in der Befoldungsfrage gegenüber den Vertretern der Spitzenorganisationen, insbesondere gegen das im Namen des Reichsfinanzministers herausgegangene Schreiben, in dem die Forderung der Beamten abgelehnt wird. Die Beamten fordern von ihren Vertretern, diese Herren als Unterhändler abzulehnen, wenn sie ihr Verhalten nicht ändern.

## Angestellte der Berliner Metallindustrie!

Das Reichsarbeitsministerium fällt am 24. August 1922 folgenden Schiedspruch:

Mit Wirkung vom 1. August 1922 wird der Feuererhöhungssatz zu den Grundgehältern von 150 Proz. auf 250 Proz. erhöht. Auf die bestehenden Frauen- und Kinderzulagen sind die gleichen Feuererhöhungssätze zu zahlen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Zentralverband der Angestellten beschäftigten sich in getrennt abgehaltenen gut besuchten Funktionärversammlungen am Donnerstagabend mit der Sachlage. Bei der Entgegennahme des Berichtes und der Befragung des Schiedspruches, den die Reichsminister als nicht ausreichend bezeichneten, nahmen die Funktionäre in einer außerordentlich sachlichen Diskussion hierzu Stellung und erklärten, daß es notwendig sei, die Betriebe genauestens zu unterrichten; eine Empfehlung des Schiedspruches könne dagegen nicht Platz greifen.

Es gelangte alsdann in den Versammlungen nachstehende Resolution gegen 1 beziehungsweise 2 Stimmen zur Annahme:

Die Funktionärversammlung, die von dem Ergebnis der schiedsgerichtlichen Verhandlungen Kenntnis genommen und bezeichnet den 50 prozentigen Aufschlag auf die Juli-Gehälter als völlig unzureichend. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß das Ergebnis unzureichend in allen Betrieben in Versammlungen

eingehend diskutiert wird, um dann in einer zweiten gemeinsamen KfA-Funktionärversammlung Stellung zu nehmen. Die Betriebe haben sofort alle Maßnahmen für eine im Anschluß an die gemeinsame Versammlung vorzunehmende Urabstimmung zu treffen. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Bezirksrat Groß-Berlin.

## Starke Lohnunterschiede bei der Hochbahn.

Man schreibt uns: Die neue Feuererhöhung hat auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens Lohnsteigerungen nach sich gezogen und sie bereits wiederholt überholt. Diesem Eintrude konnten sich auch die öffentlichen Körperschaften (Reich, Staat, Kommune) nicht entziehen und obwohl für August bereits eine Vereinbarung getroffen war, kam es zu weiteren Zugeständnissen in Höhe von 11 R. und mehr über die für August bereits getroffenen Vereinbarungen.

Die im Hochbahnbetriebe Beschäftigten stellen angesichts der Sachlage ebenfalls Forderungen in Höhe von 15 R. pro Stunde. Die hierüber bereits getroffenen Verhandlungen haben bisher nur ein ganz unzureichendes Ergebnis gezeigt, das nach seiner Richtung hin befriedigen kann. Der hartnäckige Standpunkt der Hochbahngesellschaft kann sehr leicht zu einer impulsiven Betriebskille in aller nächster Zeit, vielleicht schon im Laufe des heutigen Tages, führen.

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen fallen lediglich der Leitung des Unternehmens zur Last, weil sie der Kollage der Bediensteten absolut nicht Rechnung tragen will. Dies zur Kenntnis des Berliner Publikums im Falle eines Stillstandes des Hochbahnbetriebes.

## Telephonnnummern der Berliner Gewerkschaften.

### Ausschneiden oder notieren!

An Stelle der bisherigen Telephonnnummern der Gewerkschaftskommission, Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, KfA, KfA, Fabrikarbeiter, Friseur, Glaser, Gutmacher, Lithographen und Steinbrüder, Steinarbeiter, Volksfürsorge, Verlagsgesellschaft des ADDB, Expedition des „Korrespondenzblattes“, Deutsches Gewerkschaftshaus, Herberge und der Gewerkschaftshausverwaltung (Sassenbach) treten mit dem heutigen Tage die Nummern:

Motivplatz: 11500 bis 11505.

## Lohnvereinbarung im Friseurgewerbe.

Mit Wirkung vom heutigen Tage ab werden folgende Mindestwöchenslöhne festgesetzt: Für Herrenfriseur 1000 R., Damenfriseur 1050 R.; für Damenfriseurgehilfen mit dreijähriger Lehrzeit oder dreijähriger ununterbrochener Berufstätigkeit 1000 R. Unter 21 Jahre alte Gehilfen und Gehilfeninnen erhalten 100 R. weniger. Haararbeiter und -arbeiterinnen erhalten 1100, wenn besonders qualifiziert, 1150 R., Einrichter und Präparateur 1200 R., Handpflegerinnen erhalten 650 R. Für Aushilfe wird gezahlt für Sonnabend von mittags 1 Uhr ab und Sonntags 250 R., für einen vollen Sonnabend 225 R., von 1 Uhr ab 160 R., für einen Sonn- oder Feiertag 100 R. und für eine Woche 1100 R. Der Stundenlohn für Aushilfe beträgt 22 R. für einen Herrenfriseur und 25 R. für einen Damenfriseur. Der Urlaub beträgt nach ein- bis zweijähriger Tätigkeit fünf Tage, nach mehr als zwei Jahren sieben Tage. Bestehende bessere Arbeitsverhältnisse dürfen nicht vermindert werden.

Die Lehrlingsentlohnung aber ist nach wie vor dem Gutdünken der einzelnen Meister überlassen.

Die Friseurgehilfen müssen drei Jahre lernen und sich nachdem noch, insbesondere in der Damensache, besonders ausbilden. Sie müssen einen Teil ihres Handwerkszeuges, wie Rasiermesser, Haarschneidemaschinen und Kämmen selber stellen und instandhalten. Sie sollen selbstverständlich ordentlich gekleidet sein, Arbeitsjacken oder Mäntel müssen sie sich selber halten und reinigen lassen. Sie haben geteilte Arbeitszeit von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, bei zweistündiger Mittagspause; für Frühstück und Besper werden eine halbe Stunde anzurechnen. Sie arbeiten noch immer an sechs Tagen an allen sieben Tagen in der Woche. Bei alledem erhalten sie die aller niedrigsten Löhne in ganz Berlin. Es dürfte in Berlin keine einzelne Gruppe ungelerner Arbeiter mehr geben, die noch unangünstigere Arbeitsbedingungen zu verzeichnen hat. Das Trinkgeld spielt bei den heutigen Preisen in den kleineren Betrieben keine besondere Rolle mehr. Nur in den vor zahlungsfähigerem Publikum frequentierten Betrieben, wo zu Trinkgeld noch Prozente für die auf Empfehlung der Gehilfen verkauften Toiletteartikel gezahlt werden, ist das Nebeneinkommen noch nennenswert. Im allgemeinen aber sehen sich die älteren Gehilfen mehr und mehr zur Berufsflucht gezwungen. Trotz alledem hat in Berlin immer noch ein ganzer Teil der Gehilfen nicht begriffen, daß er sich seiner Organisation angeschlossen muß, dem Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Engelauer 24 (Zimmer 59), ohne den nicht einmal die vorstehende Lohnvereinbarung und Lohnhöhe erreicht worden wäre.

## Differenzen im Bankgewerbe.

Der Reichsverband der Bankleitungen hat gestern nachmittag beschlossen, daß am 1. September den Bankangestellten ein Monatsgehalt einmalig ausbezahlt wird, außerdem soll jeder verheiratete Angestellte 2500 R. und für jedes Kind je 1000 R. erhalten. Diese Vorzahlung soll auf die neue Gehaltsregelung Anfang September verrechnet werden.

Der allgemeine Verband der Bankangestellten hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er für seine Mitglieder auf der Forderung beharren müsse, daß die Beihilfe als eine nicht rückzahlende Wirtschaftsbefugnis gegeben werde. Falls der Reichsverband diese Forderung ablehnen sollte, müsse sich der Allgemeine Verband für seine gesamten Mitglieder im Reich weitere Schritte vorbehalten.

## Hilfskräfte des Magistrats!

Ende Juli wurde mit dem Magistrat Berlin eine vorläufige Regelung der Gehaltsbezüge für den Monat August getroffen. Der Zentralverband der Angestellten behielt sich damals vor, eine Nachforderung für August zu unterbreiten. Die Verhandlungen über diese Nachforderung fanden gestern statt. Das Angebot, das der Magistrat machte, war so gering, daß es die Organisation nicht annehmen konnte. Die Gehälter der städtischen Angestellten

waren von jeher niedriger als für die Angestellten in Reich und Staat und für die Kommunalbeamten. Das neue Angebot erhöht diesen Abstand noch, deshalb mußte es abgelehnt werden. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Angestellten nehmen in einer Mitgliederversammlung des ZbA am Dienstag dazu Stellung.

## Reinfall des GdA. im Bankgewerbe.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten sendet uns eine „Berichtigung“. Genosse Schmidt vom ZbA. hätte mit dem GdA. nicht gründlich abgerechnet. „Wahr sei vielmehr“, daß die „Veruche“ des Genossen Schmidt, den GdA. anzugreifen, „auf stürmischen Widerpruch in der Versammlung stießen.“

Kurz wäre es nicht wahr, daß die in der Resolution angegebene Teilnehmerzahl berichtigt worden wäre. Somit freilich nicht gesagt ist, daß in dem halbleeren Saal, der 1500 Personen faßt, auch die 3000 Personen sich befanden, von denen die Resolution spricht. Schließlich bestreitet der GdA. christlich zu sein. Er sei in jeder Beziehung neutral.

Für die Transportarbeiter im Buchhandel, Buchdruckereien, Briefumschlag- und Zugschiffpapierfabriken sowie Papier- und Pappegroßhandel sind die Tarife für August bzw. September zum Abschluß gelangt. Abdrucke können gegen Mitgliedsausweis beim Transportarbeiter-Verband, Engelauer 24 25. II, Zimmer 31, in Empfang genommen werden.

Die Verhandlungen im Versicherungsgewerbe führten trotz mehrstündiger Verhandlungen zu keiner Einigung über die August-Gehälter der Versicherungsangestellten. Die Parteien haben das Reichsarbeitsministerium angerufen und um Benennung von drei Unparteiischen gebeten, die einen endgültigen Entscheid über die Streitfrage herbeiführen sollen.

Die Berliner Anschlag- und Reklame-G.m.b.H. gegen die der Transportarbeiterverband das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen hatte, verpflichtete sich, für August eine Zulage von 35 Proz. und eine einheitliche Wirtschaftsbefugnis von 1000 R. an alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu zahlen. In die erste im Laufe des August eingetretene Arbeitnehmer soll die Wirtschaftsbefugnis nach dem Verhältnis ihrer Beschäftigung im Monat August gezahlt werden.

Der kommunikative Landarbeiterstreik in Oberbarnim ist nach dreiwöchiger Dauer völlig zusammengebrochen. Die streikenden Arbeiter nehmen auf allen Gütern die Arbeit bedingungslos wieder auf. Mit der Zurückziehung der noch tätigen zweihundert Rotheiser wird sofort begonnen.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau wurden gestern fortgesetzt. Für das Revier Aachen wurde eine Zulage von 261 R. und eine Erhöhung der Kinderzulage und des Hausstandsgeldes um 3 R. pro Schicht beschlossen. Im Revier Niedersachsen werden die Schichtlöhne um 264 R., die Kinderzulage und das Hausstandsgeld um 2 R. erhöht. Ueber die Lohnregelung in den anderen Revieren konnte keine Einigung erzielt werden. Ein Schiedsgericht befaßt sich mit der Regelung in diesen Revieren.

Die Rheinpfalz ist ohne Licht und elektrischen Strom, da die Belegschaft des Kraftwerks in Homburg die Arbeit niedertelegte. Der Streikfall wird so dargestellt, als sei ohne weiteres ein einstündiges Ultimatum auf erhebliche Lohnerrhöhung gestellt worden, in einer Stunde aber keine Möglichkeit gewesen, die Forderung zu erledigen. Die Pfalz hat französische Besatzung.

In der Metallindustrie Niedersachsens ist eine Einigung über den Schiedspruch für die September-Löhne erzielt worden. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Die Streikbewegung in Le Havre hat sich ausgedehnt. Die Hafenarbeiter haben die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit gezwungen. Auch der Straßenbahnverkehr ruht. Im Ostwirtschgewerbe ist der Streik allgemein. Die Arbeiterverbände haben einen 24 stündigen Sympathiestreik für die streikenden Metallarbeiter beschlossen.

Der Streik der spanischen Postbeamten ist damit beendet, daß die Streikenden sich bedingungslos der Regierung unterworfen haben.

D'Annuncios neueste Rolle ist die eines Gewerkschaftsführers für eine neue Gruppe der Eisenbahner, Postbeamten und Seeleute Italiens. Der Dichter-, Kriegs- und Faschistenheld ist jetzt arbeiterfreundlich geworden. Dabei kann höchstens etwas Geldes herauskommen.

Zentralverband der Angestellten, Damenwäsche, Mitgliederversammlung: heute 2 Uhr, „Kunsterdele“, Kollon-Wilhelm-Str. 11.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, (Polzschmiedstraße) Sonntag, heute, 3/4 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelauer 24: Bunderversammlung gemeinsam mit den Buchbindern, Bericht von den Verhandlungen. Unbegleitetes Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen erwartet. Die Bundeseitung.

Einzelhandelsangestellte! Versammlung aller Angestellten des Einzelhandels Montag 7 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße. Der Gruss der Situation erfordert schärfste Entschlossenheit.

Gemeindebeschörden, Verwaltungsangestellte, Mitgliederversammlung: Dienstag 7 Uhr, „Neue Philharmonie“, Rosenstr. 2. Funktionäre 7 Stunden früher. — Frauen-, Damen-, Kinder-, Herren-, Frauenkonfektion und Herrenwäschefabrikanten, Mitgliederversammlung: Montag 5/4 Uhr, „Goverlandstraße“, Neue Friedrichstr. 35.

Verband der Fabrikarbeiter, (Gruppe: Blumen- und Febrindustrie) Dienstag 9/4 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelauer 24 25: Allgemeine Versammlung. Bericht von der Lohnverhandlung. Die Gruppenleitung.

Beamten, die den rekrut. Tell: Franz Mühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Post Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage und „Jugend-Beilage“.



Und lassen mannigfach sich kochen!

WENESTI RUND FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE MIT UND OHNE GOLD!